JÜRGEN W. FALTER

7

Die Wahlen des Jahres 1932/33 und der Aufstieg totalitärer Parteien

Einführung

Bei den Reichstagswahlen vom Juli 1932 erzielte die NSDAP fast doppelt so viel Mandate wie die zweitstärkste Partei, die SPD. 1930 konnte die Hitlerbewegung" ihren Stimmenanteil gegenüber 1928 sogar nahezu verzehnfachen - ein in der deutschen Wahlgeschichte bisher einmaliger Vorgang. Diese Ergebnisse verlangen nach einer genaueren Erforschung der NSDAP-Wählerschaft, ihrer sozialen und demographischen Zusammensetzung und ihrer parteipolitischen Herkunft.
Über die Hälfte der Weimarer Wahlberechtigten gehörte der Mittelschicht an, über deren Wahlverhalten es zwar viele Vermutungen, aber kaum methodisch stichhaltige wahlhistorische Untersuchungen gibt. Nach einer detaillierten Definition des Mittelstandsbegriffs wird im vorliegenden Beitrag zunächst das Wahlverhalten der Mittelschicht untersucht. Die verwendeten statistischen Verfahren werden umfassend erklärt, auf Daten- und Analyseprobleme wird hingewiesen. Als Ergebnis zeigt sich, dass neben der Konfession und Unterschieden zwischen ländlichen und städtischen Gebieten Differenzen zwischen Arbeitern und Selbständigen zu den entscheidenden Wahlfaktoren zählten. Erstaunlich hoch scheint neben einer Überrepräsentation evangelischer Selbständiger der Arbeiteranteil innerhalb der NSDAP gewesen zu sein.
Der zweite Hauptteil des Beitrags widmet sich der Analyse der Reichspräsidentenwahlen von 1925 und 1932, die m. W. im deutschen Sprachraum unter wahlhistorischen Aspekten bisher noch nicht ausführlich untersucht worden sind. Es zeigt sich, dass die weitaus meisten (national-konservativen) Wähler, die 1925 Hindenburg gewählt hatten, 1932 Hitler die Stimme gaben und dass die Faktoren, die 1932 die Wahl Hitlers begünstigten, 1925 für die Wahl Hindenburgs ausschlaggebend waren.

Chronik

20. Mai 1928	Reichstagswahl
14. September 1930	Reichstagswahl
13. März 1932	Reichspräsidentenwahl, 1. Wahlgang
10. April 1932	Reichspräsidentenwahl, 2. Wahlgang
24. April 1932	Landtagswahlen in Preußen, Bayern, Württemberg, Hamburg und Anhalt
20. Mai 1932	Reichstagswahl
6. November 1932	Reichstagswahl
15. Januar 1933	Landtagswahlen in Lippe
5. März 1933	Reichstagswahlen

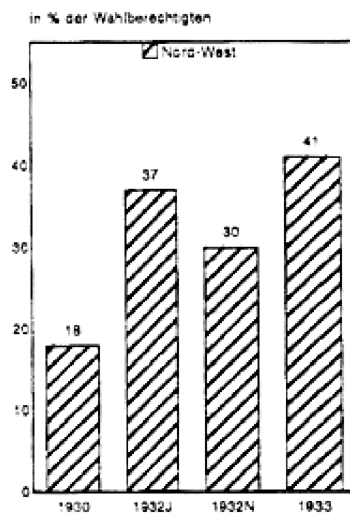
Die Wahlentwicklung 1930-1933

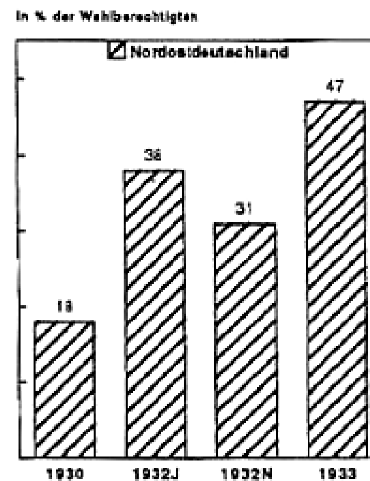
Adolf Hitler ist nicht durch Wahlen an die Macht gekommen. Vielmehr wurde ihm die Macht als Reichskanzler durch den Reichspräsidenten in einem Moment übertragen, als sein politischer Stern bereits wieder zu sinken schien. Dennoch bleibt unbestreitbar, dass "die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler ... die Massenhaftigkeit der NS-Bewegung voraus(setzt). Ihr Anhang war während der Endphase der Republik erheblich größer, als der aller anderen deutschen Parteien bis dahin gewesen war ... Bemerkenswert ist nicht, wie häufig suggeriert wird, dass Hitler in freien Wahlen nie die absolute Mehrheit erreichte, sondern dass er in den Reichstagswahlen 1932/33 mehr als doppelt so viele Mandate erzielte wie die zweitstärkste Partei, die SPD, und ein mehrfaches gegenüber den anderen Parteien".(1) Die nationalsozialistischen Wahlerfolge stellten mithin eine notwendige, wenn auch sicherlich nicht eine hinreichende Bedingung der Hitlerschen Machtübernahme dar. Ihre Bedeutung gewinnen sie dadurch, dass Hitler ohne sie wohl nicht zum Reichskanzler ernannt worden wäre. Dies verlangt nach einer genaueren Erforschung der Wählerschaft der NSDAP, ihrer sozialen und demographischen Zusammensetzung, ihrer parteipolitischen Herkunft und der Umstände und Grenzen Ihrer Ausbreitung.

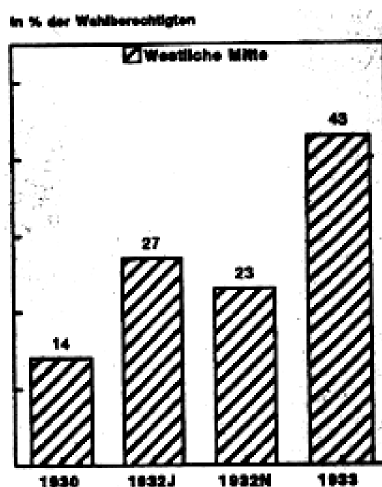
Den ersten großen Aufschwung nahm die NSDAP im Jahre 1930. Diese Wahl stand bereits unter dem Einfluss der sich kontinuierlich verschärfenden Weltwirtschaftskrise und der wachsenden Arbeitslosigkeit. Zwar blieb die SPD stärkste Partei, sie musste aber beträchtliche Anteilseinbußen hinnehmen, während es der KPD gelang, ihre Stimmenzahl gegenüber der Vorwahl um mehr als 40 Prozent zu steigern. Bei weitem übertroffen wurde dieser Anstieg allerdings vom Zuwachs der NSDAP, die gegenüber 1928 fast 6 Millionen neue Wähler gewann und damit ihren Stimmenanteil nahezu verzehnfachte. Ein, zumindest in der deutschen Wahlgeschichte, bisher einmaliger Vorgang. Die NSDAP zog damit als zweitstärkste Fraktion nach den Sozialdemokraten in den Reichstag ein. Statt zwölf wies sie nun 107 Reichstagsabgeordnete auf, nur 36 weniger als die SPD und 30 mehr als die drittstärkste Fraktion, die KPD. Alle zwischen den beiden Extremen des politischen Spektrums liegenden Gruppierungen, mit Ausnahme der beiden katholischen Parteien und der Klein- und Kleinstparteien, hatten Stimmen verloren, die NVP und die DVP relativ stark, SPD und DDP etwas schwächer. Mit einem Schlag gehörten mindestens 225 der 577 Abgeordneten des deutschen Reichstages republikfeindlichen bzw. verfassungsoppositionellen Gruppen an.

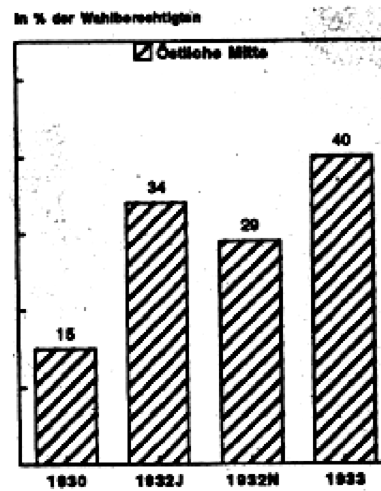
Der Aufstieg der NSDAP zwischen 1928 und 1930 kam allerdings nicht aus heiterem Himmel. Er zeichnete sich, wenn auch noch nicht in seiner vollen Stärke, in einer Serie von Landtags- und Kommunalwahlen ab, die zwischen den beiden Reichstagswahlen stattgefunden hatten. Eine deutliche Zunahme der NSDAP-Stimmen ist praktisch von Wahl zu Wahl zu erkennen. So wuchs ihr Stimmenanteil in Mecklenburg-Schwerin von 1926 bis 1929 von 1,7 auf 4,1 Prozent, in Baden zwischen 1925 und 1929 von 1,4 auf 7 Prozent und in Thüringen zwischen 1927 und 1929 von 1,6 auf 11,3 Prozent. In Sachsen gelang es der NSDAP, ihren Stimmenanteil zwischen Mai 1929 und Juni 1930 beinahe zu verdreifachen. Nach der Reichstagswahl 1930 ging der Aufstieg der NSDAP praktisch ungebremst weiter.

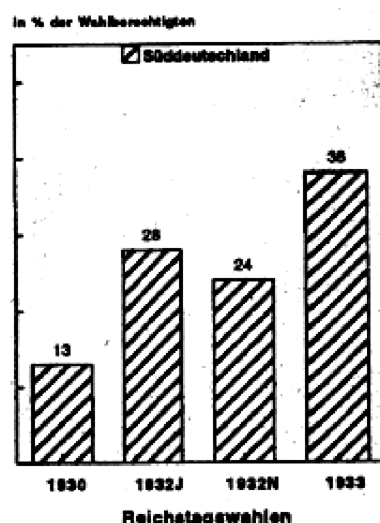
Abbildung 1: Die regionale Ausbreitung der NSDAP 1930–1933











Nordwestdeutschland: Wahlkr. 13 - 15, 34;
Nordostdeutschland: Wahlkr. 35, 6, 1;
Westliche Mitte: Wahlkrs. 16 - 23;
Östl. Mitte: Wahlkrs. 10 - 12, 28 - 30, 2 - 5, 7 - 9;
Süddeutschland: Wahlkrs. 31 - 33, 24 - 27.

Dass er sich regional - bei sich zugleich dramatisch verschlechternder Wirtschaftslage - noch verstärkte, belegen die zwischen 1930 und Juli 1932 stattfindenden Landtagswahlen, bei denen die NSDAP stellenweise - namentlich in den nord- und ostdeutschen Landesteilen - weit überdurchschnittliche Steigerungsraten erzielen konnte, während sie in Süd- und Westdeutschland etwas unter dem allgemeinen Trend blieb (vgl. Abb. 1).
Im Jahre 1932 erreichte die Wirtschaftskrise mit über 6 Millionen Arbeitslosen ihren Höhepunkt. Viele von ihnen waren inzwischen als sogenannte Wohlfahrtserwerbslose auf das - damals noch sehr viel härter als heute ausfallende - Los von Sozialhilfeempfängern gesunken. Den Mittelstand erschütterten Konkurse und Gehaltskürzungen. In diesem Jahr fanden nicht nur im Juli und November zwei Reichstagswahlen statt, sondern auch die Reichspräsidentenwahl mit zwei Wahlgängen sowie einige Landtagswahlen, unter anderem in Preußen, wo immerhin fast zwei Drittel der Reichsbevölkerung lebten. Zwar gelang es noch einmal, in einer kuriosen Umkehrung der Koalitionen von 1925 und durch eine gemeinsame Anstrengung aller die Republik tragenden Kräfte, die Wiederwahl des greisen Reichspräsidenten von Hindenburg im zweiten Wahlgang zu sichern. Aber auch hierdurch wurde der Aufstieg des Nationalsozialismus nicht nennenswert gebremst. Gegenüber der Reichstagswahl 1930 erreichte die "Hitlerbewegung", wie sich die Partei auch auf dem Stimmzettel nannte, bei der Juliwahl eine Verdopplung ihres Stimmenanteils (absolut gesehen konnte die NSDAP ihre Stimmenzahl wegen der höheren Wahlbeteiligung gegenüber 1930 sogar um 115 Prozent steigern), während sich die bürgerlichen Mittelparteien ebenso wie die partikularistisch orientierten Interessen- und Regionalparteien nahezu vollständig auflösten (vgl. Tab. 1 und 2). Auf der Linken nahm die KPD im Vergleich zu 1930 um 20 Prozent zu, was sich allerdings wegen der gestiegenen Wahlbeteiligung auf ihren Stimmenanteil nur geringfügig auswirkte. Im Gegenzug verlor die SPD in etwa dem gleichen Maße Wähler. Schon von der zeitgenössischen Wahlforschung wurde dies im Sinne eines ausschließlich blockintern verlaufenen Wähleraustauschs gedeutet.(2) Die beiden extremistischen Flügelparteien, NSDAP und KPD, verfügten jetzt über die absolute Mehrheit der Reichstagsmandate, wodurch es, auch rein arithmetisch, unmöglich wurde, die seit zwei Jahren regierenden Präsidialkabinette auf eine parlamentarische Basis zu stellen.
Im Juli 1932 lagen die "Rekordkreise" der NSDAP, also die Gebiete, wo sie den höchsten Stimmenanteil erzielte, vor allem in Mittelfranken. Angeführt von Rothenburg ob der Tauber mit 83 Prozent und Uffenheim mit 81 Prozent der gültigen Stimmen - beides übrigens Kreise, in denen die DNVP bis 1928 Stimmenanteile bis zu 87 Prozent erzielt hatte (vgl: Tab. 3). Am schwächsten schnitt die NSDAP in einigen ländlichen Zentrums- und BVP-Hochburgen ab, wo sie, wie etwa im südoldenburgischen Vechta oder im niederbayerischen Landau an der Isar, noch deutlich unter 10 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen blieb. Von den Zeitgenossen wurde das Wahlergebnis, je nach politischem Standort, gefeiert oder heruntergespielt. So schreibt der VORWÄRTS, "der nationalsozialistische Vormarsch ist zum Stillstand gebracht worden". Ähnlich auch der Tenor der VOSSISCHEN ZEITUNG, die unter der Überschrift "Volksmehrheit gegen Diktatur" von der Enttäuschung der Nationalsozialisten berichtet, die "diesmal ... sehr nahe an die 50 Prozent heranzukommen hofften".

Tabelle 1:
Die Stimmanteile für die einzelnen Kandidaten bei den Reichspräsidentenwahlen von 1925 und 1932

	1. Wahlgang vom 29. 3. 1925	2. Wahlgang vom 26. 4. 1925	1. Wahlgang vom 13. 3. 1932	2. Wahlgang vom 10. 4. 1932
Jarres	38,8	–	–	–
Held	3,7	–	–	–
Ludendorff	1,1	–	–	–
Braun	29,0	–	–	–
Marx	14,5	45,3	–	–
Hellpach	5,8	–	–	–
Thälmann	7,0	6,4	13,2	10,2
v. Hindenburg	–	48,3	49,5	53,0
Hitler	–	–	30,1	36,8
Duesterberg	–	–	6,8	–
Wahlbeteiligung	*68,9*	*77,6*	*86,2*	*83,5*

Tabelle 2:
Die Stimmanteile für die einzelnen Parteien bei den Reichstagswahlen 1930 bis 1933

	Reichstagswahl 14. Sept. 1930	Reichstagswahl 31. Juli 1932	Reichstagswahl 6. November 1932	Reichstagswahl 5. März 1933
KPD	13,1	14,5	16,9	12,3
SPD	24,5	21,6	20,4	18,3
DDP	3,8	1,0	1,0	0,9
ZENTRUM	11,8	12,5	11,9	11,2
BVP	3,0	3,7	3,4	2,7
DVP	4,7	1,2	1,9	1,1
DNVP	7,0	6,2	8,9	8,0
NSDAP	18,3	37,4	33,2	43,9
Sonstige	13,8	2,0	2,6	1,6
Wahlbeteiligung	*82,0*	*84,1*	*80,6*	*88,8*

Tabelle 3:
Kreise mit besonders hohen bzw. besonders niedrigen NSDAP-Stimmenanteilen bei den Reichstagswahlen 1932 und 1933

	Hochburgen			Diasporagebiete		
	Kreis	Wahlkreis	NSDAP	Kreis	Wahlkreis	NSDAP
Juli 1932						
	Rothenburg o.d.T.	26	75,7	Hümmling	14	5,1
	Uffenheim	26	72,9	Büren	17	6,5
	Schotten	33	70,0	Landau	25	7,3
	Neustadt/Aisch	26	68,4	Aschaffenburg L.	26	7,3
	Alsfeld	33	66,3	Vechta	14	7,5
	Ansbach Land	26	66,2	Olpe	18	8,2
	Westerstede	14	66,2	Fulda L.	19	8,3
	Lauterbach	33	65,7	Obernburg	26	8,4
	Gunzenhausen	26	64,9	Bogen	25	8,5
	Dinkelsbühl	26	63,2	Bocholt	17	8,6
Nov. 1932						
	Rothenburg o.d.T.	26	68,6	Büren	17	4,3
	Schotten	33	65,6	Landau/Isar	25	5,0
	Lauterbach	33	63,3	Bocholt	17	5,7
	Alsfeld	33	61,4	Vechta	14	5,7
	Uffenheim	26	59,8	Aschendorf	14	6,3
	Neustadt/Aisch	26	58,8	Coesfeld	17	6,4
	Dinkelsbühl L.	26	58,4	Bogen	25	4,4
	Frankenberg/Eder	19	58,1	Meppen	14	6,5
	Ziegenhain	19	58,1	Olpe	18	6,9
	Westerstede	14	57,9	Grafenau	25	7,0

Ein klein wenig Enttäuschung scheint auch bei Joseph Goebbels mitzuschwingen, wenn er das Wahlergebnis in seinem Tagebuch mit dem Ergebnis der Reichspräsidentenwahl verglich: "Wir haben eine Kleinigkeit gewonnen. Der Marxismus sehr... Zur absoluten Mehrheit kommen wir so nicht."(3) Die im Gegensatz zu Goebbels eher auf Außenwirkung abzielende Pressestimme der Reichsleitung der NSDAP merkte dagegen laut "DER VÖLKISCHE BEOBACHTER" zum Wahlergebnis an, dass es "von der NSDAP mit größter Befriedigung aufgenommen (wird)".
Von den 608 Abgeordneten des Deutschen Reichstages stellte die NSDAP nunmehr allein 230. Sie war damit zur mit Abstand stärksten Fraktion vor der SPD avanciert, die es nur auf 133 Abgeordnete brachte. Zusammen mit den 89 Reichstagsabgeordneten der KPD war sie also in der Lage, eine negative Sperrmajorität der Republikgegner zu bilden. Mit parlamentarischen: Mitteln war Deutschland spätestens ab dem Juli 1932 nicht mehr zu regieren.
Zwar hatte die nationalkonservative DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG am Tag nach der Juliwahl formuliert: "Die Wahl ist vorbei. Es wird für längere Zeit die letzte gewesen sein." Doch war angesichts dieses Wahlergebnisses die nächste Reichstagsauflösung durch den Reichspräsidenten schon vorhersehbar. Die Neuwahlen im November 1932 führten bei einem Rückgang der Wahlbeteiligung um rund 1,4 Millionen Stimmen zu bemerkenswerten Stimmenverlusten der NSDAP - gegenüber der Juliwahl rund 2 Millionen Wähler -, während sich die KPD auf nunmehr 16,9 Prozent der gültigen Stimmen steigern konnte. Auch die DNVP erholte sich wieder leicht. Die übrigen Parteien blieben mehr oder weniger stabil oder verloren Stimmen, was sich jedoch wegen des Rückgangs der Wahlbeteiligung kaum in größeren Anteilsänderungen niederschlug. Allgemein wurde das Ergebnis als Wahlniederlage Hitlers, ja als Anfang des NSDAP-Abstiegs interpretiert. So lautete ein Aufmacher des VORWÄRTS nach der Wahl: "Abwärts mit Hitler"; ähnlich sprach die VOSSISCHE ZEITUNG vom "Niedergang Hitlers", der dem 6. November "das charakteristische Gepräge" gebe, und die DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG sah im Wahlergebnis eine "politische Mahnung an die Nationalsozialisten, weil der Zauber der Unwiderstehlichkeit gebrochen ... ist"(4)
In der Tat war der Rückgang der Nationalsozialisten, die nach 1928 immer nur Stimmengewinne zu verbuchen gehabt hatten, bemerkenswert. Zwar blieb Rothenburg ob der Tauber auch jetzt wieder mit 76 Prozent der gültigen Stimmen NSDAP-Rekordkreis, doch schoben sich nun einige oberhessische Kreise wie etwa Schotten, Lauterbach und Alsfeld mit Stimmenanteilen zwischen 71 und 76 Prozent in die Spitzengruppe. Den Wahlergebnissen entsprechend, fiel dann auch die Kommentierung im VÖLKISCHEN BEOBACHTER eher defensiv aus: "Die Wahlkampfhoffnungen der vereinigten Gegner des Nationalsozialismus von Papen bis Thälmann sind an der inneren Festigkeit und Geschlossenheit der Bewegung zusammengebrochen. Die NSDAP hat ihre Feuerprobe glänzend bestanden und damit den endgültigen Beweis erbracht, dass sie als der entscheidende Machtfaktor aus dem politischen Leben Deutschlands nicht mehr auszuschalten ist . . . Nur ein verschwindender Prozentsatz von Konjunkturrittern und weltanschaulich noch nicht gefestigten Wählern ist den leeren Versprechungen des Herrn von Papen und den hinter ihm stehenden Splitterparteien gefolgt. Der Nationalsozialismus sieht in diesem Vorgang für sich

nur einen inneren Gewinn, der sich in einer Erholung seiner inneren Kampfkraft auswirken wird." Weitaus realistischer klingt im Vergleich dazu Goebbels' Tagebucheintragung vom 6. 11. 1932: "Jede neue Meldung (des Rundfunks) bringt eine neue Niederlage. Im Ergebnis haben wir 34 Mandate verloren . . . Wir haben eine Schlappe erlitten."(5) Der anscheinend durch nichts aufzuhaltende Anstieg des Nationalsozialismus schien gebremst, während sich fern am Horizont erste Anzeichen einer leichten wirtschaftlichen Besserung bemerkbar machten. Dass der Nationalsozialismus an Dynamik zu verlieren begann, belegen auch einige Landtagswahlergebnisse zwischen Juli 1932 und März 1933, in denen die NSDAP ihren Stimmenanteil im Vergleich zur Juliwahl nicht mehr nennenswert zu steigern vermochte. Begleitet wurde die Stagnation von innerparteilichen Meinungsverschiedenheiten um die Koalitionsstrategie der Partei. Finanziell stand die NSDAP vor leeren Kassen, die Industriespenden flossen langsamer als erwartet. Kurz: Die Stimmung innerhalb der NSDAP war alles andere als optimistisch, worüber auch der mit letztem Propagandaeinsatz geführte Wahlkampf in dem Ländchen Lippe, der der NSDAP nochmals ein als großen Sieg gefeiertes Wahlergebnis von 39,5 Prozent einbrachte, nicht hinwegtäuschen darf.(6) Da wurde am 30. Januar 1933 - für viele zu diesem Zeitpunkt überraschend - Adolf Hitler vom Reichspräsidenten mit der Kanzlerschaft betraut. Die nun - vor allem nachdem Reichstagsbrand-einsetzende Verfolgung der politischen Linken, insbesondere der Kommunisten, und die mannigfachen Einschüchterungsversuche gegenüber den anderen Parteien lassen die Märzwahl von 1933 nicht mehr als ganz freie Wahl erscheinen. Der zu einer Propagandaschlacht ohne Vorbild stilisierte Wahlkampf, für den der NSDAP jetzt auch der staatliche Rundfunk mit immerhin 5 Millionen Teilnehmern zur Verfügung stand, führte nochmals zu einer Steigerung der Wahlbeteiligung auf 88,8 Prozent; dies hätte damals kaum noch jemand für möglich gehalten. Trotz des sozialen und politischen Drucks, der vor allem aus kleineren Gemeinden berichtet wird,(7) gab es aber noch immer die Möglichkeit, auf dem Stimmzettel innerhalb des gesamten parteipolitischen Spektrums auszuwählen, was von den Bürgern - die Wahlergebnisse beweisen es - zum letzten Mal vor der endgültigen Etablierung des Dritten Reiches genutzt wurde.

Trotz eines beträchtlichen Stimmenzuwachses erhielt die NSDAP jedoch nicht die erwartete absolute Mehrheit. Nur mit Hilfe des deutschnationalen Koalitionspartners erreichte sie über 50 Prozent der, Reichstagsmandate. Eine Mehrheit der Wahlberechtigten blieb selbst dieser Koalition versagt. Tatsächlich vermochte sie trotz der für sie überaus günstigen politischen Umstände "nur" 20 der insgesamt fast 45 Millionen Wahlberechtigten hinter sich zu vereinigen. Die Siegeshoffnungen, die sich etwa in den Tagebucheintragungen von Joseph Goebbels in Formulierungen niederschlugen wie: "Es wird ein ganz großer Sieg werden ... ; diesmal kann es kaum schief gehen", werden anscheinend dennoch, wenn man seinen Tagebuchaufzeichnungen und öffentlichen Äußerungen trauen darf, erfüllt, ja übererfüllt. Die mit Sicherheit damals nicht für den unmittelbaren und öffentlichen Gebrauch bestimmten privaten Aufzeichnungen von Goebbels schlagen einen geradezu emphatischen Ton an: "Dann kommen die ersten Resultate. Sieg über Sieg, phantastisch und unglaubhaft ... Der gloriose Triumph (ist) errungen. Er ist in seinem Ausmaße überwältigender, als einer von uns das zu



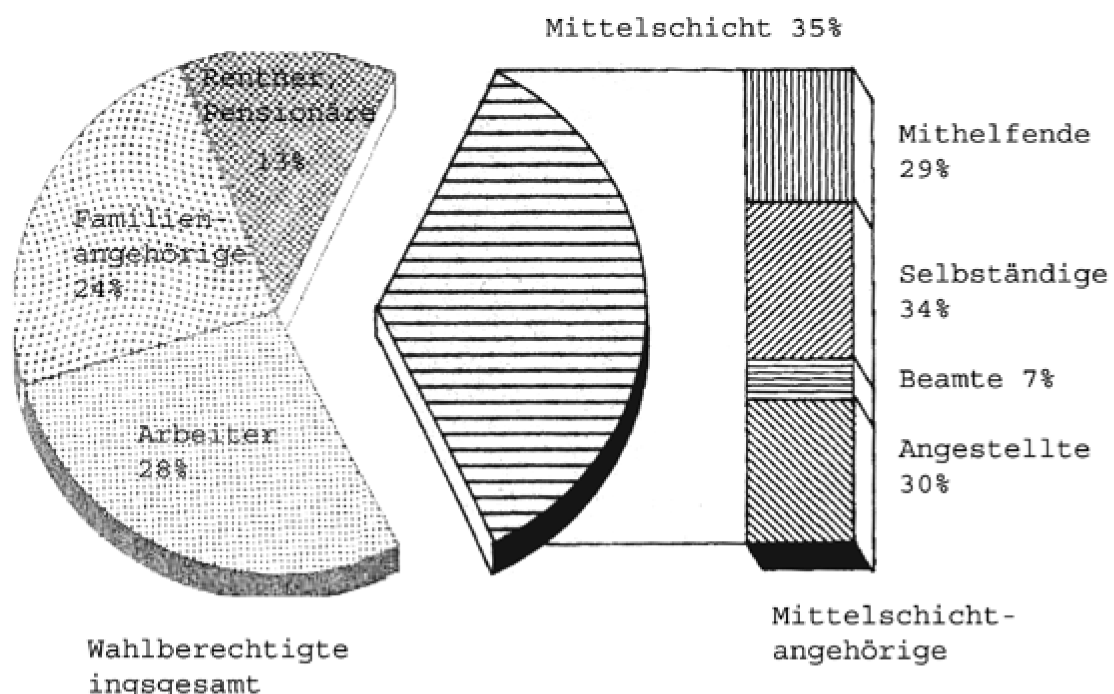
Wahlkampf zur Reichstagswahl im Juli 1932

hoffen gewagt hatte... Unglaubliche Zahlen; wir sind wie in einem Rausch. Jede Stunde bringt eine neue, unwahrscheinliche Überraschung. Der Führer ist ganz gerührt vor Freude." Auch Göring sprach, wie viele andere Kommentatoren, von einem "Sieg auf der ganzen Linie".(8)

Dass die Durchsetzung der NSDAP im März 1933 regional in der Tat beträchtlich war, illustrieren einige Kreisergebnisse. Erneut lagen die Kreise mit den höchsten Wahlerfolgen in Mittelfranken (Rothenburg mit 83 Prozent, Neustadt/Aisch mit 79 Prozent der gültigen Stimmen), in Hessen (Schotten mit 83 Prozent) und jetzt auch in Ostpreußen (Neidenburg mit 81 Prozent, Lyck mit 80 Prozent). In den "negativen Rekordkreisen" erreichte die NSDAP dagegen wiederum nur Stimmenanteile von knapp über 10 Prozent: Im südoldenburgischen Vechta 11,7 Prozent, im niederrheinischen Bocholt 12,3 Prozent, in Olpe im Sauerland 12,7 Prozent und im unterfränkischen Aschaffenburg-Land 16,5 Prozent. Die übrigen Parteien hielten mit Ausnahme der KPD weitgehend die bei den Reichstagswahlen vom November 1932 eingenommene Position. Diese Ergebnisse deuten darauf hin, dass das Wählerpotential der NSDAP mit dieser letzten Anstrengung zunächst einmal erschöpft war. Selbst nach der

"Machtergreifung" waren Adolf Hitler und seine Gefolgsleute sichtlich nicht in der Lage, eine Mehrheit des deutschen Volkes oder auch nur der Wähler von 1933 hinter sich zu scharen. Auch war es der NSDAP bei keiner der zwischen 1930 und 1933 stattfindenden Landtagswahlen gelungen, eine absolute Mehrheit zu erzielen. Selbst eine relative Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erreichte sie während dieses Zeitraums nur in 9 der 17 Reichsländer, nämlich in Anhalt, Hamburg, Hessen, Lippe, Mecklenburg-Schwerin, Oldenburg, Preußen, Thüringen und Baden sowie Württemberg. Übersehen werden darf darüber jedoch nicht, dass spätestens ab 1932, selbst bei großzügigster Auslegung des Begriffes, die "demokratischen Parteien" auch keine Mehrheit der Wähler mehr repräsentierten. Zählt man die Stimmen von NSDAP, DNVP und KPD zusammen, so votierten am 5. März 1933 fast zwei Drittel der Wähler für diese, trotz aller programmatischen Unterschiede, erklärten Gegner der Weimarer Republik. Die republiktreuen Parteien, zu denen man 1933 weder das Zentrum noch gar die Bayrische Volkspartei ohne Einschränkung zählen konnte, wurden dagegen nur noch von einem knappen Drittel der Abstimmenden gewählt. 1919 hatten dagegen noch rund Dreiviertel der Wählerschaft die Parteien der Weimarer Koalition unterstützt.

Abbildung 2:
Die soziale Schichtung der Wahlberechtigten in der Weimarer Republik



Wohl kaum ein anderer Vergleich belegt deutlicher den Niedergang und schliesslichen Zusammenbruch des Weimarer Regierungssystems. Der Mangel an Loyalität gegenüber der 'Republik und an tieferen Bindungen zu den sie tragenden Parteien setzte sie nahezu schutzlos den Unbilden der politischen und vor allem wirtschaftlichen Klimaschwankungen aus. So konnte jener eigendynamische Prozess entstehen, der schließlich zur Etablierung des Dritten Reiches führte. In den Jahren seiner Existenz scheint es diesem schließlich gelungen zu sein, jene grundsätzliche Zustimmung innerhalb der Bevölkerung zu erhalten, derer jedes Staatswesen bedarf, um auch ungünstigere Zeiten überstehen zu können.(9) Der Weimarer Republik war dies in den wenigen Jahren ihrer Existenz nicht vergönnt - zum Schaden nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Europa, ja für große Teile der Menschheit.
Im folgenden soll zunächst ein etwas intensiverer Blick auf die soziale Basis der Wählerschaft der Weimarer Parteien gelegt werden, insbesondere unter dem Blickwinkel der sozialen Basis der NSDAP. Danach beschäftigt sich der Beitrag mit der Reichspräsidentenwahl von 1932, die vor dem Hintergrund der Reichspräsidentenwahl von 1925 analysiert wird.

Zur sozialen Basis der Weimarer Parteien - eine historische Wahlanalyse unter besonderer Berücksichtigung der Mittelschichten

Zur Fragestellung

Die erwerbstätigen Angehörigen der Mittelschicht stellten in der Weimarer Republik mehr als ein Drittel der Wahlberechtigten. Rechnet man die im Wahlalter befindlichen Familienmitglieder ohne eigenen Hauptberuf und die im Ruhestand lebenden Mittelschichtangehörigen dazu, so rekrutierten sich die Wahlberechtigten sogar zu etwas mehr als 50 Prozent aus der Mittelschicht. Rund 45 Prozent der Wähler stammten aus Arbeiterhaushalten, der Rest zählte zur Oberschicht (vgl. Abb. 2).
Angesichts der zahlenmäßigen Bedeutung der Mittelschichtwähler verwundert es, dass das, Wahlverhalten dieser bedeutenden Sozialgruppe bisher lediglich im Hinblick auf seine Affinität zum Nationalsozialismus genauer untersucht worden ist. Für die frühen und mittleren Weimarer Jahre bis zur Reichstagswahl 1930 und die Haltung der Mittelschicht gegenüber den anderen Parteien dagegen gibt es über das Wahlverhalten von Mittelschichtwählern zwar viele Vermutungen, aber so gut wie keine über lokale oder regionale Wahlereignisse hinausgehende, methodisch stichhaltige, historische Forschung.
Will man die Frage untersuchen, wie die Angehörigen der Mittelschicht in der Weimarer Republik gewählt haben, stellen sich gleich mehrere beträchtliche Probleme: Zunächst gilt es festzulegen, was überhaupt unter Mittelschicht

verstanden werden soll. Denn so sehr dieser Begriff inzwischen in die historische Alltagssprache vorgedrungen ist, so unscharf ist er. Dann ist zu klären, welche Daten dem Wahlhistoriker zur Beantwortung der Ausgangsfrage zur Verfügung stehen und welche inhaltlichen Schlussfolgerungen sich aus diesen Daten ziehen lassen. Wir werden sehen, dass die Antworten auf die Frage nach dem Wahlverhalten der Mittelschichten bei weitem nicht so eindeutig ausfallen, wie dies im historischen Schrifttum über die Weimarer Republik bisweilen unterstellt wird.

Zum Begriff der Mittelschicht

Nach einer gängigen, von zeitgenössischen Soziologen entwickelten und auch heute noch stellenweise verwendeten sozialhistorischen Klassifizierung unterscheiden wir nach der historischen Abfolge ihres Auftretens zunächst zwischen "alter" und "neuer" Mittelschicht. Zur Alten Mittelschicht zählen mittlere und kleine Selbständige in Handel, Handwerk und Landwirtschaft, ferner die vornehmlich im Agrarsektor tätigen mithelfenden Familienangehörigen sowie die Vertreter der akademischen und nicht-akademischen freien Berufe. Dieser Schicht gehörten 1925 nach den Berechnungen des deutschen Soziologen Theodor Geiger rund 18 Prozent der Bevölkerung an.(10) Zur (in etwa gleichstarken) Neuen unselbständigen Mittelschicht gehören die Angestellten und Beamten. Zur Mittelschicht im weiteren Sinne zählte Geiger schließlich noch die - nach seinen Berechnungen rund 13 Prozent der Bevölkerung umfassenden - "Proletaroiden", zu denen er die "Tagewerker auf eigene Rechnung" und den abgeglittenen alten Mittelstand" rechnete.
Hinter dem vereinheitlichenden Begriff "Mittelschicht"(11) verbergen sich nach dieser Betrachtungsweise also sehr unterschiedliche Lebensformen und Wirtschaftsweisen. Die Spannweite reicht innerhalb der Alten Mittelschicht von den Parzellenpächtern und Hausgewerbetreibenden auf eigene Rechnung bis zu den Großbauern, mittleren und größeren Kaufleuten, kleinen und mittleren Industriellen sowie gut verdienenden Ärzten und Rechtsanwälten. Innerhalb der Neuen Mittelschicht vom sogenannten Handlungsgehilfen, der Stenotypistin und der Verkäuferin bis zu hohen Beamten und leitenden Angestellten großer Firmen. Von dieser Kategorisierung her gesehen, erweist sich die Angehörigkeit zur Mittelschicht folglich eher als negativ definiert, nämlich durch die Nicht-Zugehörigkeit zur Arbeiterschaft oder zur - zahlenmäßig außerordentlich geringen, nur rund ein Prozent der Bevölkerung umfassenden und daher in Analysen statistischer Massendaten nicht in Erscheinung tretenden - Oberschicht der Großunternehmer, Großgrundbesitzer und Großrentner. Die Spannweite der Lebensverhältnisse in der Mittelschicht erstreckte sich folglich von proletaroiden Existenzen mit Einkommen, die unter denen qualifizierter Arbeiter lagen, bis zur oberen Mittelschicht mit zehn- oder zwanzigmal so hohen Einkommen und einem entsprechend bürgerlichen Lebensstil.(12)
Quer zu dieser sozialhistorisch älteren Einteilung in Alte und Neue Mittelschicht steht die Unterscheidung nach dem sozialen Status in Obere und Untere (und manchmal auch noch Mittlere) Mittelschicht, die nicht nach der Selbständigkeit der Berufstätigkeit, sondern beispielsweise nach Einkommen, Besitz,

Berufsprestige und Bildung innerhalb der sozialen Mittellage differenziert. So einfach die Definition von Alter und Neuer Mittelschicht erscheint, so schwierig und umstritten erweist sich die Abstufung von Berufen und Lebenslagen nach den Maßstäben von "oben" und "unten". Von der modernen Sozialwissenschaft wurden daher diverse Indices entwickelt, mit deren Hilfe eine entsprechende Einteilung nach Status und Prestige vorgenommen werden kann. Der Beruf allein genügt hierfür offensichtlich nicht, da beispielsweise ein Rechtsanwalt einerseits als der sprichwörtliche Winkeladvokat eine Kümmerexistenz führen, andererseits als etablierter Anwalt für Zivilstreitigkeiten sowohl einkommens- als auch prestigemäßig zu den I Spitzen der bürgerlichen Gesellschaft zählen kann. Gleiches gilt für Kaufleute, Landwirte und viele Angestellte. Aus diesem Grunde zieht ein häufig gebrauchter, in den fünfziger Jahren entwickelter Schichtungsindex neben dem Beruf des Haupternährers dessen monatliches Nettoeinkommen und seine Schulbildung als multiple Indikatoren des sozialen Status heran.(13) In die Obere Mittelschicht, der um 1960 zwischen 5 und 6 Prozent der Gesamtbevölkerung angehörten, fallen danach z. B. leitende Angestellte und Beamte, Professoren, Ärzte, Richter und Rechtsanwälte. In die Mittlere Mittelschicht, zu der damals rund 15 Prozent der Bevölkerung zählten, fallen die mittleren Angestellten und Beamten, ferner Ingenieure, Fachschullehrer, mittlere Geschäftsinhaber und Apotheker. Und in die Untere Mittelschicht, die 1960 nochmals rund 20 Prozent der Bevölkerung umfasste, fallen Malermeister, Friseurmeister und Kleinhändler sowie untere Angestellte und Beamte. Dass die beiden Kategorisierungsschemata (Alte vs. Neue bzw. Obere vs. Untere Mittelschicht) nicht deckungsgleich sind, sonder lediglich - wenn auch beträchtliche - Teilmengen des jeweiligen anderen Ordnungsschemas umfassen, wird deutlich, wenn man wie Scheuch und andere moderne Schichtungsforscher die höchstqualifizierten Arbeiter und Werkmeister, also Angehörige der Arbeiterschaft, zur Unteren Mittelschicht zählt, während unterste Angestellte und Beamte nach diesem multiplen Schichtungsindex bereits in die Obere Unterschicht fallen.

Daten- und Analyseprobleme

Diese partielle Unvereinbarkeit der beiden Einteilungsmuster beeinträchtigt die wahlhistorische Untersuchung der Mittelschichten erheblich. Die wichtigsten historischen Wahlverhaltenstheorien über die Weimarer Republik, vor allem die auf den Aufstieg der NSDAP bezogenen, stützen sich stärker auf die Unterscheidung von Ober-, Mittel- und Unterschicht bzw. von Oberem und Unterem Mittelstand als auf die Differenzierung nach Altem und Neuem Mittelstand. Stellvertretend für viele sei hier der amerikanische Soziologe Seymour Martin Lipset mit seiner bekannten Theorie des Nationalsozialismus als Extremismus der Mittelklasse genannt.(14) Das verfügbare statistische Material erlaubt jedoch bestenfalls eine (angenäherte) Analyse des Wahlverhaltens von Altem und Neuem Mittelstand. Lipset setzt denn auch, bei seiner statistischen Beweisführung stillschweigend die historische Realität für seine Zwecke zurechtbiegend, den Alten Mittelstand mit der Unteren Mittelschicht, den Neuen Mittelstand dagegen mit der Oberen Mittelschicht gleich.(15)

Leider hat der Wahlhistoriker, der sich mit der Weimarer Republik beschäftigt, keinerlei Einstellungs- und Meinungsdaten zur Verfügung, die den Informationen der modernen Demoskopie entsprächen. Verfügbar sind lediglich Wahlresultate, eine große Zahl von Volkszählungsdaten, von Arbeitslosigkeits- und Steuerstatistiken, die alle entweder auf der Ebene der Gemeinden oder der Stadt- und Landkreise des Deutschen Reiches gesammelt wurden. Aus diesem Grunde stehen dem historischen Wahlforscher auch keine direkten Informationen über die politischen Präferenzen der sozialen Schichten oder bestimmter Berufsgruppen zur Verfügung. Das wiederum bedeutet, dass er keine direkten Kenntnisse über die soziale Zusammensetzung der Wähler der verschiedenen Parteien hat. Die einzige Information, die streng genommen zur Verfügung steht, ist, wie die verschiedenen Parteien in Gemeinden oder Kreisen mit - beispielsweise - einem bestimmten Prozentsatz von Mittelklassewählern, Arbeitslosen, Katholiken usw. abgeschnitten haben.

Diese Beschränkung wirft erhebliche interpretatorische Probleme auf. Denn statistisch gesehen ist es nicht erlaubt, die Beziehungen von Merkmalen der Individualebene (also etwa das Wahlverhalten der sozialen Gruppen) aus Zusammenhängen der Aggregatebene (also etwa der Gemeinden oder Kreise) abzuleiten, ohne dass relativ starke (und in den meisten Fällen nicht überprüfbare) statistische Verteilungsannahmen zugrunde gelegt werden. Wenn wir beispielsweise eine starke positive Korrelationsbeziehung zwischen dem Anteil der Selbständigen und dem Prozentsatz der NSDAP-Wähler bei einer bestimmten Wahl entdecken, können wir diesen für die Kreis- oder Gemeindeebene geltenden Zusammenhang nicht unbesehen mit dem tatsächlichen Wahlverhalten der Selbständigen gleichsetzen. Analog gilt, dass die negative statistische Beziehung zwischen dem Anteil der Arbeiter und der DVP-Wähler in den Kreisen nicht so gedeutet werden darf, als hätte die DVP keinerlei Stimmen von Arbeitern erhalten. Wer diese Einschränkungen nicht berücksichtigt, läuft Gefahr, statistische Fehlinterpretationen, die unter dem Namen "ökologischer Fehlschluss" bekannt geworden sind, zu produzieren. Die Volkszählungsstatistik des Deutschen Reiches enthält auf der Ebene der größeren Gemeinden und der Stadt- und Landkreise zwar die Berufsstatistik, differenziert diese aber nicht weiter nach dem sozialen Status oder anderen schichtmäßigen Kriterien aus. So umfasst die Kategorie der Selbständigen sowohl Pächter und Eigentümer von Handwerksbetrieben und Einzelhandelsgesellschaften als auch Industrielle und Großkaufleute. Zusätzlich schließt sie eine kleine Zahl von Spitzenmanagern und hohen Beamten ein, die zwar nur zwischen 1,6 und 4,5 Prozent dieser Kategorie ausmachen, diese aber noch unschärfer werden lassen, als sie es ohnehin schon ist. Die Kategorie der Beamten und Angestellten (in der Volkszählung von 1925 noch gemeinsam, 1933 dann getrennt ausgewiesen) umfasst analog alle Angehörigen dieser beiden Gruppen bis auf diejenigen (etwa 3,5 Prozent) leitenden Angestellten und hohen Beamten, die schon in der Selbständigenkategorie enthalten sind.(16) Diese Aufteilung hat zur Folge, dass in der "Unteren Mittelklasse" Lipsets kaum das Existenzminimum verdienende, proletaroide Kleinstunternehmer und Großindustrielle vom Schlage eines Krupp oder Thyssen zusammengefasst sind, während sich seine Kategorie des "Oberen Mittelstandes" von der Ebene schlecht bezahlter Handlungsgehilfen und Verkäuferinnen bis zu der Stufe relativ hoher Beamter und Angestellter erstreckt.

Tabelle 4: Das sozialstrukturelle Profil der Weimarer Parteien

		1920	1924 I	1928	1930	1932 I	1933
SPD	% Katholiken	−48	−65	−66	−66	−66	−62
	% Arbeiter	16	28	35	28	27	31
	% Selbständ.	−18	−25	−44	−35	−41	−42
	% Ang./Beamte	4	9	24	24	35	34
	% Agrarbev.	−14	−28	−39	−36	−44	−48
KPD	% Katholiken	− 7	−15	−25	−21	−17	−26
	% Arbeiter	29	70	59	66	71	69
	% Selbständ.	−26	−67	−63	−68	−70	−69
	% Ang./Beamte	6	26	35	35	32	37
	% Agrarbev.	−19	−57	−57	−62	−63	−68
Z/BVP	% Katholiken	92	89	92	92	93	93
	% Arbeiter	−16	−15	−18	−24	−20	−14
	% Selbständ.	23	24	24	30	25	17
	% Ang./Beamte	−24	−25	−25	−25	−21	−18
	% Agrarbev.	23	23	24	29	23	16
DDP	% Katholiken	−46	−50	−47	−32	−35	−34
	% Arbeiter	−16	−11	−15	−17	−15	−13
	% Selbständ.	8	−12	−12	− 1	± 0	−11
	% Ang./Beamte	25	38	55	42	36	53
	% Agrarbev.	−16	−30	−39	−27	−22	−36
DVP	% Katholiken	−56	−52	−50	−40	−28	−32
	% Arbeiter	− 3	12	8	9	− 5	2
	% Selbständ.	−26	−31	−32	−35	−14	−23
	% Ang./Beamte	−37	−41	−47	−45	−34	−44
DNVP	% Katholiken	−59	−58	−43	−36	−47	−55
	% Arbeiter	−24	−22	−22	−13	−21	−17
	% Selbständ.	39	12	12	− 3	3	± 0
	% Ang./Beamte	−42	−26	−16	− 2	− 1	6
	% Agrarbev.	55	45	38	26	23	17
NSDAP	% Katholiken	–	−23	− 0	−53	−71	−55
	% Arbeiter	–	−17	−13	−15	−36	−46
	% Selbständ.	–	11	11	9	46	59
	% Ang./Beamte	–	13	9	− 2	−40	−50
	% Agrarbev.	–	1	− 6	8	47	63

Werte aus Falter/Lindenberger/Schumann: „Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik", München 1986, S. 163–170. Im Falle des Merkmals „Katholiken": bivariate Korrelationskoeffizienten; bei allen übrigen Merkmalen: Anteil der Katholiken auspartialisiert, d. h. statistisch kontrolliert (Pearson's r x 100).

Lesehilfe: Ein hoher (positiver oder negativer) Wert des Korrelationskoeffizienten zeigt einen deutlichen Zusammenhang. Z. B. hatten Zentrum und BVP in Kreisen mit hohem Katholikenanteil sehr gute Wahlergebnisse. Schließt man den Einfluß des Katholikenanteils aus, zeigt sich, daß der Arbeiter- und Angestelltenanteil sich eher negativ, der Anteil der Selbständigen und der Agrarbevölkerung sich eher positiv auf die Wahl von Zentrum und BVP auswirkten.

Diese enorme Spannweite der Lebensverhältnisse und damit verbunden der sehr unterschiedlichen wirtschaftlichen Interessenlagen innerhalb beider Mittelschichtkategorien verbietet es, die eine als "unteren", die andere als "oberen" Mittelstand zu charakterisieren.

Sozialgruppen und ihre Parteineigungen I: Wähleranteile nach Schichtzugehörigkeit und Konfession in Stadt- und Landkreisen

Angesichts der enormen inneren Vielfalt der Mittelschicht ist ein einheitliches Wahlverhalten also kaum zu erwarten. Tatsächlich wurde, wie im Verlaufe dieser Analyse noch zu zeigen sein wird, das Wahlverhalten der Mittelschichten in der Weimarer Republik innerhalb des katholischen Bevölkerungsteils, der immerhin rund ein Drittel aller Wahlberechtigten umfasste, weitestgehend von der konfessionellen Auseinandersetzung des 19. Jahrhunderts geprägt. Soziale Differenzierungen spielten eine geringere Rolle. Katholische Mittelschichtangehörige wählten, sofern sie kirchlich gebunden waren, bevorzugt das Zentrum oder die Bayerische Volkspartei. Evangelische Mittelschichtangehörige hingegen wiesen, wie wir sehen werden, ein sehr disparates Abstimmungsverhalten auf. Vor 1930 stimmten sie für nahezu die gesamte Palette des politischen Spektrums von den Sozialdemokraten (SPD) bis zu den Deutschnationalen (DNVP).
Mit dem Wahlverhalten der einzelnen Mittelstandsgruppen befasst sich der nächste Abschnitt. Zunächst gilt das Augenmerk dem statistischen Zusammenhang zwischen dem Anteil der Mittelschichtangehörigen in den Stadt- und Landkreisen des Deutschen Reiches und den Wahlergebnissen der verschiedenen Weimarer Parteien. In Tabelle 4 wird in Form von sogenannten Korrelationskoeffizienten die statistische Beziehung einiger ausgewählter Sozialmerkmale mit den Wahlerfolgen der verschiedenen Weimarer Parteien wiedergegeben. Diese Korrelationskoeffizienten können sich von +1.0 (was einen perfekten linearen positiven Zusammenhang zweier Merkmale anzeigt) bis -1.0 (was einen perfekten negativen linearen Zusammenhang ausdrückt) erstrecken. Werte nahe oder gleich 0 zeigen, dass keine systematische (lineare) Beziehung zwischen den beiden miteinander rechnerisch in Bezug gesetzten Größen besteht. Ein relativ hoher Koeffizient, wie er nach 1920 etwa zwischen Arbeiter- und KPD-Anteil besteht, besagt, dass im Schnitt der Prozentsatz der KPD-Wähler um so höher lag, je größer der Arbeiteranteil in den Stadt- und Landkreisen des Deutschen Reiches war, und dass umgekehrt die Wahlchancen der KPD tendenziell um so schwächer ausfielen, je niedriger der Arbeiteranteil lag.
Negative Korrelationskoeffizienten sind entsprechend zu interpretieren: Je höher beispielsweise der Katholikenanteil, desto niedriger fielen im Durchschnitt die Wahlchancen der SPD aus. Nahe bei 0 liegende Korrelationskoeffizienten (und hierzu gehören zumindest alle Koeffizienten unter wie sie etwa zwischen dem Arbeiteranteil und den Wahlerfolgen der DVP zwischen 1920 und 1932 bestehen, sollten im Sinne von Nicht-Zusammenhängen interpretiert werden; auch die zwischen ±0.10 und ±0.20 liegenden Korrelationskoeffizienten stellen bestenfalls äußerst geringe, nur mit Vorsicht zu interpretierende, statistische Zusammenhänge dar.

Zu beachten ist bei der Interpretation der einzelnen Koeffizienten ferner, dass in Tabelle 4 zwei verschiedene Arten von Korrelationskoeffizienten wiedergegeben werden: im Falle des Katholikenanteils sind es "normale", sogenannte bivariate Koeffizienten ohne Kontrolle von Drittvariablen, das heißt, hier wurde allein der Zusammenhang zwischen (katholischer) Konfession und Parteipräferenz ermittelt. Bei allen anderen Merkmalen handelt es sich um sogenannte Partialkorrelationen mit Kontrolle einer Drittvariablen (nämlich des Katholikenanteils). Inhaltlich sind Partialkorrelationen so zu interpretieren, als seien die Untersuchungseinheiten, in unserem Falle also die Stadt- und Landkreise des Deutschen Reiches, konfessionell alle mehr oder minder gleich. Damit ist man in der Lage, den um den Effekt des (Stör)-Faktors "Konfession" bereinigten Einfluss der übrigen Sozialmerkmale auf die Parteianteile zu untersuchen.(17)

Ausgewählt wurden vor allem solche Sozialmerkmale, die für unsere Fragestellung von theoretischer Bedeutung sind.(18) Dabei zeigt sich deutlich der Einfluss von I zumindest drei, das politische System Deutschlands bis heute prägenden, politischen Spannungslinien:(19)

a) Die Konfession trennt klar zwischen den beiden katholischen Parteien auf der einen und den übrigen Parteien auf der anderen Seite, wobei die Beziehung im Falle der KPD allerdings nur sehr schwach ist;

b) Eine zweite Trennungslinie wird durch die Merkmale Arbeiter-" und "Selbständigenanteil" repräsentiert: in Kreisen mit überdurchschnittlich hohen Arbeiter- (und entsprechend niedrigeren Selbständigen-) Anteilen ist im Mittel der Stimmenanteil der KPD und - wenn auch deutlich schwächer - der SPD überdurchschnittlich hoch, während die Anteile der übrigen Parteien hier tendenziell unter ihrem Reichsdurchschnitt liegen;

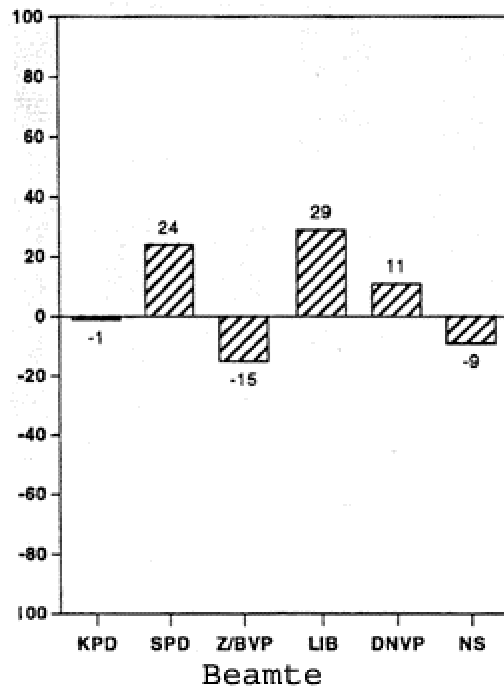
c) Eine dritte Spannungslinie wird an ihrem positiven Pol durch den Anteil der Agrarbevölkerung und an ihrem negativen Pol durch den Prozentsatz der Angestellten und Beamten gekennzeichnet: Die Deutschnationalen in evangelischen und - wenn auch in abgeschwächter Form - Zentrum und BVP in katholischen Regionen erzielten zwischen 1920 und 1933 im Mittel dort größere Wahlerfolge, wo der Anteil der im Agrarsektor beschäftigten Personen über dem Reichsdurchschnitt lag. Die am anderen Pol dieser Spannungslinie beheimateten beiden sozialistischen und liberalen Parteien dagegen erzielten in den Agrarregionen des Deutschen Reiches im allgemeinen nur unterdurchschnittliche Stimmenanteile;

d) Die vierte, im Kaiserreich noch sehr bedeutsame, in der Weimarer Republik durch die Gebietsabtretungen des Versailler Vertrags aber weitestgehend hinfällig gewordene Spannungslinie schließlich, die regionale oder ethnische Konflikte repräsentiert, spielt im Hinblick auf unsere Fragestellung keine oder bestenfalls eine marginale und daher zu vernachlässigende Rolle.

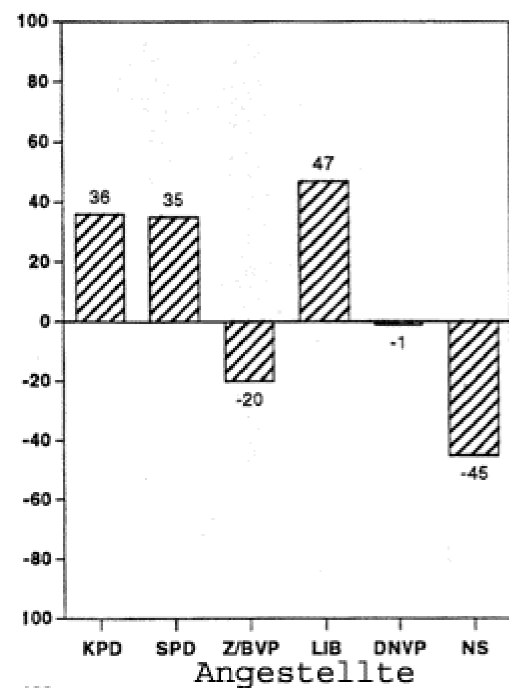
Was die Dauerhaftigkeit der statistischen Zusammenhänge betrifft, behält, zumindest auf der Kreisebene, die konfessionelle Spannungslinie ihren Einfluss für die beiden katholischen Parteien ohne irgendwelche Einbrüche bis zum Ende der Weimarer Republik bei. Dies gilt im Prinzip auch für die beiden sozialistischen Gruppierungen, insbesondere die SPD, und die dezidiert evangelisch orientierte DNVP. Lediglich für die beiden nahezu vollständig von

der Wählerebene verschwindenden liberalen Parteien scheint der konfessionelle Faktor zwischen 1928 und 1932 signifikant an Bedeutung zu verlieren.
Ebenfalls nur relativ geringen Schwankungen unterliegt die zweite, durch den Industriearbeiteranteil repräsentierte Spannungslinie. Allerdings scheint hier im Verlaufe der Weltwirtschaftskrise eine weitere, vom Arbeitslosenanteil markierte Trennungslinie hinzugetreten zu sein, durch die vor allem die immer mehr zur Partei der Arbeitslosen werdende KPD begünstigt wurde.(20) Was schließlich die dritte, vom Anteil der im Agrarsektor tätigen Bevölkerung repräsentierte, Spannungslinie angeht, so ist auch hier bei allen Parteien wenig Veränderung festzustellen. Lediglich die DNVP verliert in zunehmendem Maße ihre Verankerung in den ländlich-protestantischen Regionen des Reiches. An ihre Stelle scheint nach 1930 die NSDAP zu treten, deren Wahlerfolge ab 1932 im Schnitt um so höher ausfielen, je größer der Anteil der (protestantischen) Landbevölkerung in den Kreisen lag.
Aufschlussreich ist ein etwas genauerer Blick auf die einzelnen Mittelschichtgruppierungen. Wie Abbildung 3 belegt, schnitten in Kreisen mit einem hohen, d.h. überdurchschnittlichen Angestelltenanteil die beiden liberalen Parteien (die wir hier der besseren Übersichtlichkeit wegen zusammengefasst haben) tendenziell besser ab als in Kreisen mit einem unter dem Reichsdurchschnitt liegenden Angestelltenanteil. Verwundern mag, dass sowohl 1924 als auch 1932 ein ganz ähnlicher, wenn auch etwas weniger stark ausgeprägter Zusammenhang zwischen 'dem Angestelltenanteil und dem Abschneiden von SPD und KPD nachgewiesen werden kann: Wo vergleichsweise viele Angestellte wohnen, schneiden SPD und KPD im Schnitt besser ab als in Kreisen mit weniger Angestellten. Dagegen besteht zwischen dem Anteil der Angestellten und den Wahlergebnissen der beiden katholischen Parteien (Zentrum und Bayerische Volkspartei) ein negativer. statistischer Zusammenhang. Wo viele Angestellte lebten, hatten es diese beiden Parteien sowohl 1924 als auch 1932 ersichtlich schwerer als in Kreisen mit weniger Angestellten. Überraschen mag, dass auch die NSDAP im Juli 1932 in Gebieten mit vergleichsweise vielen Angestellten unterdurchschnittliche Wahlergebnisse erzielte. Im folgenden wird noch zu zeigen sein, dass es sich hierbei nicht um eine statistische Scheinbeziehung handelt, wie man vielleicht vermuten könnte, sondern um einen "echten", nicht auf Störeinflüsse zurückzuführenden Zusammenhang. Mit der anderen Gruppe des Neuen Mittelstandes, den Beamten, treten bei den einzelnen Parteien recht ähnliche, wenn auch insgesamt schwächer ausgeprägte korrelative Zusammenhänge auf wie bei den Angestellten.
Sehr viel stärkere statistische Beziehungen bestehen zwischen den Prozentanteilen der beiden Teilgruppierungen des Alten Mittelstandes, den landwirtschaftlichen und gewerblichen Selbständigen, und den Wahlergebnissen der Parteien. Sowohl 1924 als auch 1932 fällt der Prozentsatz von SPD und KPD, aber auch der (wiederum kombinierte) Anteil der beiden liberalen Parteien, im Schnitt dort stark unterdurchschnittlich aus, wo viele Bauern leben, während Zentrum und Bayerische Volkspartei in agrarisch strukturierten Kreisen insgesamt gut abschneiden. Dagegen gelingt es den beiden liberalen Gruppierungen und (wenngleich deutlich abgeschwächt) auch den beiden sozialistischen Parteien, in Gebieten mit einem vergleichsweise hohen Anteil von Selbständigen in Handwerk und Handel überdurchschnittliche Erfolge zu erzielen. Des weiteren

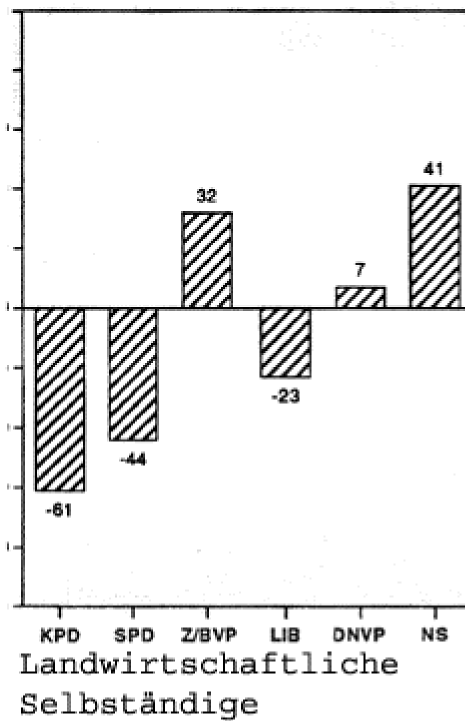
Abbildung 3: Parteistärke und Mittelschichtanteil im Juli 1932



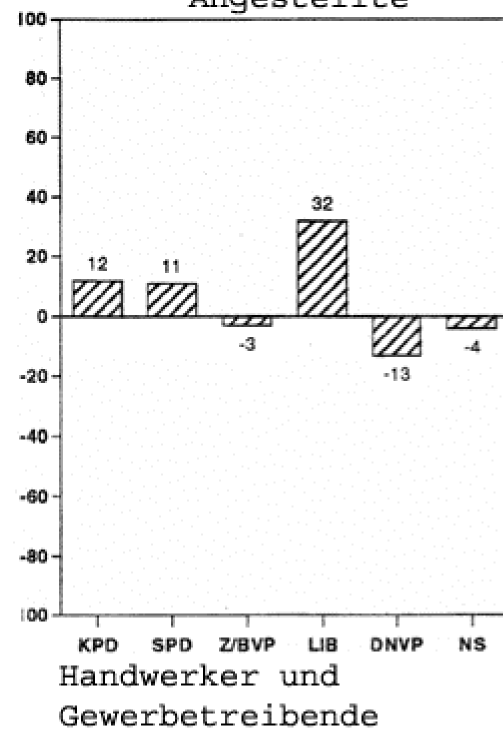
Beamte



Angestellte



Landwirtschaftliche Selbständige



Handwerker und Gewerbetreibende

schneiden vor allem das Zentrum und die Bayerische Volkspartei in Gebieten mit einem hohen Prozentsatz gewerblich Selbständiger schlechter ab. Die Wahlergebnisse der NSDAP und ihrer (nicht mit ihr identischen) Vorgängergruppierung, der Deutsch-Völkischen Freiheitspartei, werden dagegen ebenso wie die der Deutschnationalen (DNVP) von der Höhe des Selbständigenanteils in Landwirtschaft und Gewerbe kaum beeinflusst.

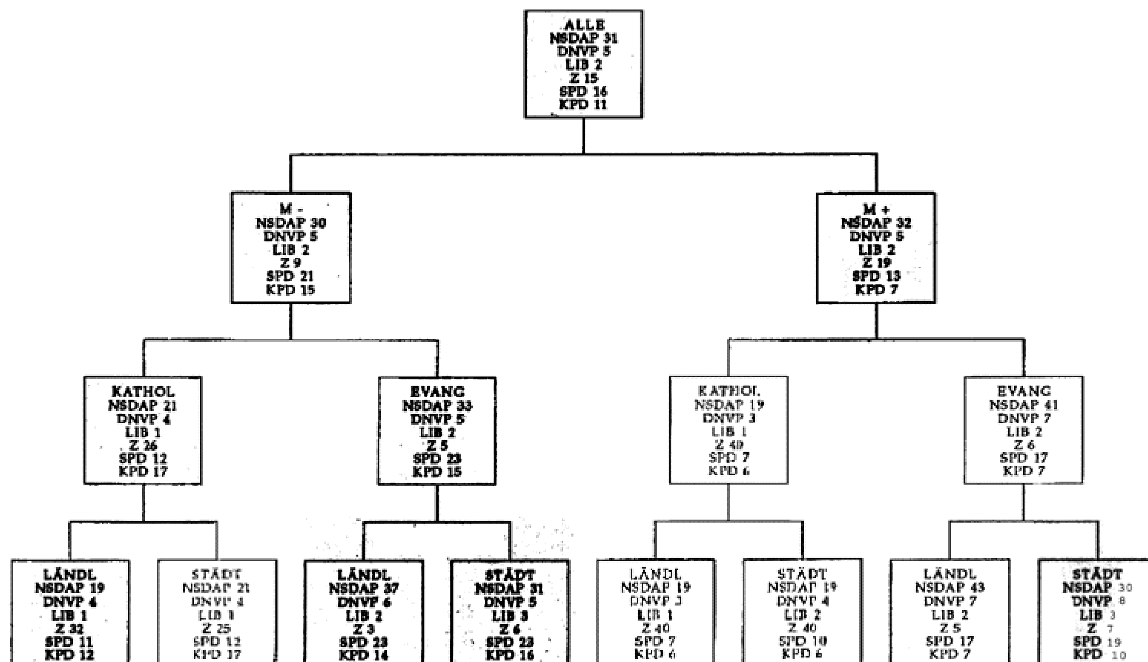
Sozialgruppen und ihre Parteineigungen II: Überlagerungseffekte von Konfession, Schicht und Verstädterungsgrad

Man sollte sich davor hüten, aus diesen Korrelationsbeziehungen zu weitreichende Schlüsse zu ziehen. Denn zum einen handelt es sich um einfache, d. h. immer nur zwei oder drei Merkmale gleichzeitig berücksichtigende Zusammenhänge, hinter denen sich mannigfache Störeinflüsse verbergen können; dies dürfte beispielsweise für den Zusammenhang zwischen den SPD-Stimmen und dem Anteil der gewerblichen Selbständigen gelten, die vornehmlich in Städten leben, wo bekanntlich auch die SPD traditionell stärker vertreten ist. Zum anderen sind es ausschließlich auf Kreisebene geltende Beziehungen, aus denen keinesfalls unbesehen Rückschlüsse auf das Wahlverhalten der verschiedenen Mittelschichtgruppierungen gezogen werden dürfen. Daher sollen in einem zweiten Schritt weitere potentielle Einflussgrößen in die Betrachtung einbezogen werden. Dies erfolgt auf zweierlei Weise: mittels eines sogenannten Kontrastgruppenvergleichs und mittels des statistischen Verfahrens der multiplen Regressionsanalyse.

Intuitiv eingängiger als die Regressionsanalyse ist für den statistischen Laien zweifelsohne der sogenannte Kontrastgruppenvergleich. Er geht von der simplen Überlegung aus, dass Sozialmerkmale in der Realität sowohl bei Individuen als auch bei Territorialeinheiten, wie sie die Stadt- und Landkreise darstellen, niemals isoliert, sondern stets in Kombination mit einer Vielzahl anderer Merkmale auftreten. Kein Wähler ist nur evangelisch oder katholisch, sondern gleichzeitig auch noch Arbeiter oder Beamter, Klein- oder Großstädter, ledig oder verheiratet etc. Das Gleiche trifft demgemäss für Gebietseinheiten zu, die ja primär durch solche Individualmerkmale beschrieben werden: Es gibt keine Mittelschicht- oder Arbeitergemeinden an sich, sondern katholische oder evangelische, städtische oder ländliche, von der Arbeitslosigkeit stärker oder schwächer betroffene Gemeinden etc.

Dass die Überlagerung solcher Merkmale (und damit die Überkreuzung von sozialen Einflüssen) die politischen Effekte dieser Merkmale verstärken, aber auch abschwächen oder gar neutralisieren kann, erscheint plausibel. Das Verfahren des Kontrastgruppenvergleichs versucht, den Effekt solcher Merkmalsüberlagerungen herauszuarbeiten. Hierbei wird die Gesamtheit aller untersuchten Gebietseinheiten, in unserem Falle also der rund 1200 Stadt- und Landkreise des Deutschen Reiches, in mehreren aufeinanderfolgenden Schritten so zerlegt, dass in sich immer homogenere, untereinander aber um so schärfer unterscheidbare Untergruppen, die sogenannten Kontrastgruppen, entstehen. Aufteilungskriterien sind dabei die interessierenden Sozialmerkmale, im vorliegenden Falle die Urbanisierung, der Konfessionsanteil und der Mittelschichtanteil (vgl. Tab. 5).

Tabelle 5:
Ein Kontrastgruppenvergleich des Abschneidens der wichtigsten Parteien im Juli 1932 in Kreisen unterschiedlicher Sozialstruktur



Lesebeispiel: In evangelisch-ländlichen Kreisen mit überdurchschnittlichem Mittelschichtenanteil (M+) erhielt die NSDAP von rund 43 % der Wahlberechtigten die Stimme, in evangelisch-ländlichen Kreisen mit unterdurchschnittlichem Mittelschichtanteil (M–) stimmten nur 37 % für die NSDAP.

Im ersten Schritt werden die Stadt- und Landkreise des Deutschen Reiches, je nachdem, ob in ihnen über- oder unterdurchschnittlich viele Mittelschichtangehörige leben, in 503 Kreiseinheiten mit einer Mehrheit der Mittelschicht und 327 Einheiten mit einer Mehrheit von Arbeitern unterteilt.(21) Im zweiten Schritt erfolgt eine Aufteilung nach der Konfession in überwiegend katholische und überwiegend evangelische Einheiten; Aufteilungskriterium ist hierbei, ob die Mehrzahl der Einwohner eines Kreises katholisch ist oder nicht. So grob dieses Aufteilungskriterium erscheinen mag, so differenzierungsfähig erweist es sich, wenn man in Tabelle 5 etwa die NSDAP-, die KPD- oder die Zentrumsstimmenanteile betrachtet. So liegen die NSDAP-Anteile in evangelischen Kreisen mit Mittelschichtmehrheit im Juli 1932 mit rund 41 Prozent mehr als doppelt so hoch wie in den gleichstrukturierten katholischen Kreisen, wo die NSDAP nur von 19 Prozent der Wahlberechtigten gewählt wurde. Im dritten und letzten Aufteilungsschritt werden dann die überwiegend katholischen und evangelischen Kreiseinheiten nach ihrem Verstädterungsgrad - gemessen an dem Anteil der Kreisbewohner, die in Gemeinden mit mehr oder weniger als 5000 Einwohnern leben in eine eher ländliche und eine eher städtische Gruppe zerlegt. Man erhält auf diese Weise zwei eher urbane und zwei eher ländliche Kreistypen mit jeweils überwiegend katholischer oder nichtkatholischer Bevölkerung.
Die Reichstagswahl vom Mai 1924 wurde als Ausgangspunkt des Kontrastgruppenvergleichs u. a. deshalb gewählt, weil hier nicht nur die NSDAP - wenn auch als "Juniorpartner" einer Wählerkoalition mit der Deutsch-Völkischen Freiheitsbewegung - erstmals bei reichsweiten Wahlen auftritt, sondern auch, weil auf der Linken sich jenes bipolare Neben- und Gegeneinander von SPD und KPD herausbildet, das bis zum März 1933 die Handlungsfähigkeit der Sozialdemokratie entscheidend begrenzen sollte.(22) Die Juliwahl von 1932 ist als jener Wahlgang vor der sogenannten Machtergreifung von Interesse, bei dem die NSDAP mit 37,4 Prozent der gültigen Stimmen nicht nur ihren höchsten Wähleranteil auf Reichsebene bei einer vollständig freien Abstimmung erzielen konnte, sondern auch zur mit Abstand stärksten Partei im Reichstag avancierte.
Aus dem Kontrastgruppenvergleich in Tabelle 5 ergibt sich, dass der Konfessionsfaktor selbst dann, wenn die Faktoren der Urbanisierung und des Mittelschichtanteils kontrolliert sind, von eminenter Bedeutung nicht nur für die Zentrums-, sondern auch für die SPD- und nicht zuletzt die NSDAP-Stimmenanteile bleibt. So liegt der Wähleranteil der SPD in den evangelischen Landregionen 1932 je nach Mittelschichtanteil zwischen 17 und 23 Prozent der Wahlberechtigten, in den katholischen Landregionen dagegen beträgt er nur 7 bis 11 Prozent. Insgesamt zeigt sich, dass innerhalb der einzelnen Konfessions- und Urbanisierungskategorien die Stimmenanteile der beiden liberalen Parteien, aber auch der DNVP und selbst der NSDAP bei weitem nicht so stark mit dem Mittelschichtanteil schwanken, wie man das vielleicht aufgrund der stillschweigenden Gleichsetzung von Mittelschicht und bürgerlichen Mittel- und Rechtsparteien erwarten würde. Lediglich in den evangelisch-ländlichen Regionen scheint der Faktor Mittelschicht im Juli 1932 von größerer Bedeutung für das Abschneiden der NSDAP gewesen zu sein. Für die beiden katholischen Parteien hingegen ergibt sich in den überwiegend katholischen Regionen ein klarer Zusammenhang: Wo der Mittelschichtanteil hoch ist, erzielen Zentrum und BVP sowohl 1924 als auch 1932 im Schnitt weit überdurchschnittliche

Wahlerfolge, in Kreisen mit unterdurchschnittlichem Mittelschichtanteil bleiben sie erheblich hinter ihrem Durchschnittserfolg in katholischen Regionen zurück. Im Falle der beiden sozialistischen Parteien, insbesondere aber der KPD, ergibt sich auch in den überwiegend evangelischen Regionen ein klarerer, wenngleich erwartungsgemäß negativ verlaufender Zusammenhang mit dem Mittelschichtanteil: Wo viele Arbeiter wohnen, schneidet die KPD (und in abgemilderten Maße auch die SPD) im allgemeinen überdurchschnittlich gut ab; wo Wähler aus der Mittelschicht überwiegen, verzeichnen beide Parteien dagegen deutlich unter dem Durchschnitt liegende Wahlergebnisse.
Die in Tabelle 6 dargestellte multiple Regressionsanalyse verdeutlicht und vertieft dieses Ergebnis. Sie belegt, dass unter Berücksichtigung der konfessionellen Färbung und des unterschiedlichen Urbanisierungsgrades der Untersuchungseinheiten der Selbständigenanteil für das Abschneiden der linksliberalen DDP (23) und der NSDAP in positiver Hinsicht sowie der SPD und der KPD in negativer Hinsicht verantwortlich war. Der 'Angestelltenanteil dagegen beeinflusst den Prozentsatz der DDP- und der SPD-Stimmen positiv; negativ hängt er, wie schon im bivariaten Analysemodell gezeigt, mit dem NSDAP-Stimmenanteil zusammen. Wo viele Angestellte lebten, hatte es folglich die NSDAP auch dann schwerer, wenn man die unterschiedliche Konfessionsfärbung und den Verstädterungsgrad berücksichtigt.(24) Positiv wird das NSDAP-Ergebnis dagegen vom Beamtenanteil beeinflusst, während die KPD-Erfolge damit negativ zusammenhängen. Der relativ stärkste Einflussfaktor jedoch ist fast immer die durch den Katholikenanteil gemessene Konfessionsfärbung der Kreise. Im Falle von Zentrum und Bayerischer Volkspartei überlagert, ja neutralisiert sie auf Reichsebene alle anderen Merkmale. Lediglich die KPD-Anteile schwanken weitgehend unabhängig von der Konfession je nach Verstädterungsgrad und dem Selbständigen- und Beamtenanteil der Kreise. Aber auch bei den meisten anderen Parteien erweist sich der Konfessionsfaktor als erstaunlich robuste, relativ konstant wirkende Einflussgröße, die das Wahlergebnis in den Städten und Gemeinden des Deutschen Reiches erheblich stärker bestimmt zu haben scheint als die verschiedenen Schichtmerkmale.(25) Auf der Aggregatebene der Stadt- und Landkreise entspricht mithin der recht heterogene Zusammenhang zwischen dem Mittelschichtanteil und dem Ergebnis der Parteien weitgehend den oben geäußerten theoretischen Erwartungen.

Das Wahlverhalten der verschiedenen Sozialgruppen
Eine Schätzung des Wahlverhaltens der verschiedenen Sozialgruppen

Die Aussagen des vorangehenden Abschnitts basieren nicht nur auf Aggregatdaten, sondern sie beziehen sich auch ausschließlich auf die Aggregatebene, in unserem Falle also auf die rund 1200 Stadt- und Landkreise des Deutschen Reiches. Die Frage nach dem Wahlverhalten der Mittelschichten in der Weimarer Republik verlangt daneben aber auch sogenannte Individualdaten, d. h. Informationen, die sich direkt auf den einzelnen Wähler oder auf Gruppen von Wählern als Träger sozialer Merkmale beziehen. Die obigen Aggregatanalysen ermöglichen aber lediglich Aussagen, die Merkmale auf Gebietsebene miteinander in Beziehung setzen (etwa: "SPD-Wahlerfolge und Katholikenanteil verhalten sich gegenläufig zueinander"), womit jedoch noch

Tabelle 6:
Der relative Einfluß verschiedener Sozialmerkmale auf das Abschneiden der wichtigsten Weimarer Parteien – eine multiple Regressionsanalyse

Parteianteil	% Kathol	+ % Stadt	+ % Arbeit	+ % Selbst	+ % Angest	+ % Beamte	+ % Rentn	R^2
1920								
DNVP	−63	−28	1	13	−10	3	12	51
DVP	−53	18	−25	−23	−11	9	5	46
DDP	−48	20	12	49	26	18	− 3	33
Z/BVP	89	4	− 2	5	− 8	0	− 4	87
SPD	−40	−13	6	−22	− 3	2	10	26
USPD	−24	− 3	20	−25	30	−12	− 6	37
KPD	− 2	35	21	− 5	−33	13	− 3	12
1924M								
DVF	−22	13	12	40	− 2	32	17	19
DNVP	−60	−37	−11	−14	−10	1	24	48
DVP	−48	17	−20	−29	− 2	− 6	− 5	39
DDP	−50	7	7	39	59	− 2	− 8	45
Z/BVP	85	2	− 5	1	−10	− 1	− 8	82
SPD	−57	−21	20	−15	12	7	7	49
KPD	− 5	37	14	−57	−18	−21	−16	59
1928								
NSDAP	−11	29	13	46	− 6	23	6	10
DNVP	−44	−26	−17	−13	11	− 2	26	30
DVP	−46	22	−23	−27	− 6	4	− 3	41
DDP	−46	9	− 5	31	63	1	− 7	53
Z/BVP	88	4	− 5	2	−12	0	− 6	86
SPD	−53	−21	15	−28	15	3	15	57
KPD	−12	26	16	−37	19	−26	−14	54

Fortsetzung Tabelle 6:

Partei-anteil	% Kathol	+ % Stadt	+ % Arbeit	+ % Selbst	+ % Angest	+ % Beamte	+ % Rentn	R^2
1932J								
NSDAP	–77	– 4	–10	11	–37	14	11	66
DNVP	–47	–24	–23	–21	– 7	8	13	29
DVP	26	8	–16	– 4	16	10	– 3	21
DStP	35	– 4	0	34	67	– 4	– 9	34
Z/BVP	89	3	– 4	6	– 6	– 0	– 5	88
SPD	55	–24	10	–24	28	5	11	57
KPD	– 1	34	19	–50	3	–28	–15	64

Standardisierte Regressionskoeffizienten (x 100); 831 mit der Wahlberechtigtenzahl (1933) gewichtete Kreiseinheiten. Alle Berufsmerkmale auf die Wahlberechtigten, Katholiken und Stadtbewohneranteil auf die jeweilige Wohnbevölkerung der Kreiseinheiten prozentual umgerechnet.

Lesehilfe: Der standardisierte Regressionskoeffizient –63 (z. B. bei der Wahl 1920, Zusammenhang zwischen Katholikenanteil in einem Wahlkreis und DNVP-Wahl) besagt, daß die Wahlscheinlichkeit der DNVP-Wahl mit steigendem Katholikenanteil in einem Kreis sinkt. Analog dazu steigt die Wahlscheinlichkeit der Zentrum/BVP-Wahl mit steigendem Katholikenanteil (Regressionskoeffizient = 89). Das R^2 besagt, daß beispielsweise die Varianz der DNVP-Wahl 1920 zu 51 Prozent durch die Verteilung der Sozialmerkmale in den Wahlkreisen erklärt wurde.

nichts über den Prozentsatz von SPD-Wählern unter den katholischen Wahlberechtigten ausgesagt wird. Die im Rahmen der meisten wahlhistorischen Erklärungsversuche notwendigen Informationen über das Wahlverhalten der sozialen Gruppen können mangels direkt erhobener Angaben über vormaliges oder' beabsichtigtes Wahlverhalten, wie sie uns heutzutage aus Umfragen zur Verfügung stehen, nur statistisch geschätzt werden. Eines der dazu wohl am besten geeigneten Schätzverfahren ist die sogenannte ökologische Regressionsanalyse: Falls die (relativ restriktiven) Modellannahmen dieses Verfahrens zutreffen, drücken die ermittelten Schätzwerte die "wahren", d. h also die tatsächlichen Wählerpräferenzen aus. Falls sie nicht zutreffen, liefern sie immer noch statistisch hinreichend abgesicherte Hinweise auf das Wahlverhalten der verschiedenen sozialen Schichten und Gruppierungen. (26)
Tabelle 7 gibt die Ergebnisse zweier solcher ökologischer Regressionsanalysen für drei Wahlzeitpunkte wieder. Die dort aufgeführten Prozentzahlen zeigen die Wahrscheinlichkeit, mit der (wahlberechtigte) Katholiken bzw. Nichtkatholiken und die (wahlberechtigten) Angehörigen der drei Sozialschichten bei den hier ausgewählten Wahlen für eine der angegebenen Parteien gestimmt haben. Angesichts der erwähnten Risiken solcher ökologischer Schätzungen sollten eher

Tabelle 7: Das Wahlverhalten der sozialen Gruppen

		Konfession		Schicht		
		Kathol	Andere	Arbeiter	Neue MS	Alte MS
SPD	1924A	5	21	21	16	7
	1928	9	28	31	24	7
	1932A	6	23	22	24	7
KPD	1924A	9	10	19	5	0
	1928	5	9	14	5	0
	1932A	10	13	23	6	0
Z/BVP	1924A	43	2	9	9	27
	1928	37	0	10	8	17
	1932A	42	0	11	10	20
DDP/DVP	1924A	3	15	8	18	12
	1928	4	13	6	17	11
	1932A	1	2	1	3	2
DNVP	1924A	3	21	13	14	18
	1928	4	14	9	10	13
	1932A	2	6	4	6	6
NSDAP	1924A	3	6	4	7	6
	1928	2	2	2	2	2
	1932A	16	38	25	29	42

Prozentwerte (Spaltenprozent) geschätzt mit Hilfe einer ökologischen Regressionsanalyse. Basis: 831 Kreiseinheiten. Zahlen nach Jürgen W. Falter und Reinhard Zintl, The Economic Crisis of the 1930's and the Nazi Vote. In: Journal of Interdisciplinary History 1988, S. 55–85.

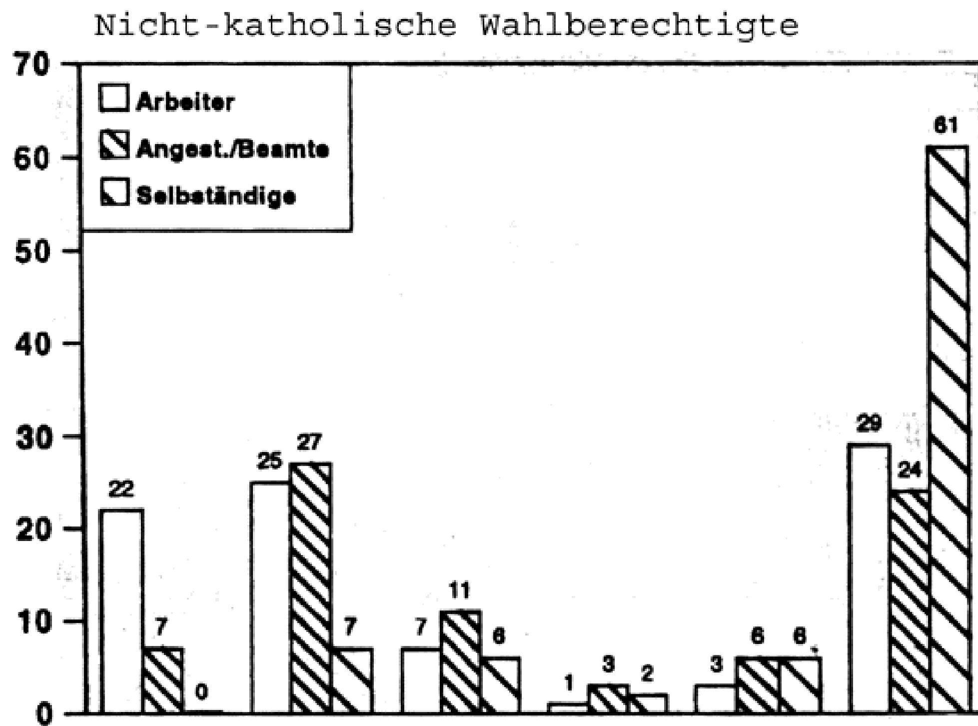
Lesehilfe: Im Mai 1924 haben 5 Prozent der wahlberechtigten Katholiken und 21 Prozent der wahlberechtigten Nichtkatholiken der SPD ihre Stimme gegeben; von den wahlberechtigten Arbeitern waren es ebenfalls 21 Prozent, von den Angehörigen der Neuen Mittelschicht (= Angestellte und Beamte) rund 16 Prozent und von den Angehörigen der Alten Mittelschicht (Selbständige und mithelfende Familienangehörige) etwa 7 Prozent.

globale Größenordnungs- als kleinere Prozentpunktdifferenzen interpretiert werden. (27)

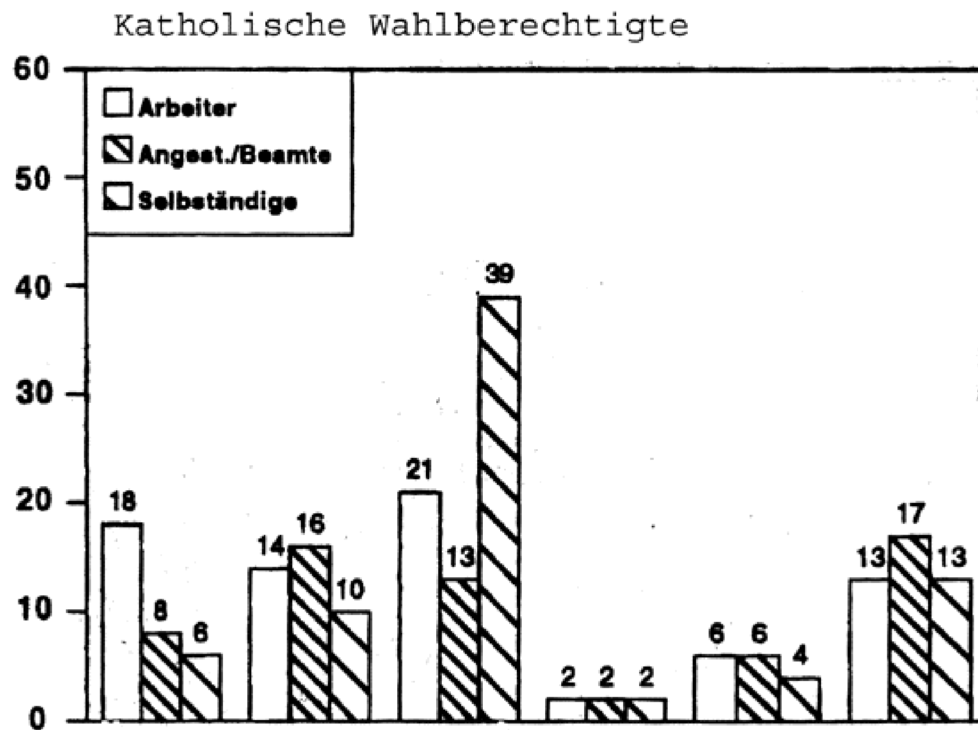
Wiederum erweist sich die Konfession als außerordentlich stabile erklärende Größe - positiv hinsichtlich des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei, negativ hinsichtlich von SPD, Liberalen und DNVP. Für die Wahl der KPD scheint es keinen allzu großen Unterschied gemacht zu haben, ob man der katholischen Kirche angehörte (was natürlich nicht bedeutete: praktizierender Katholik zu sein) oder nicht. Die NSDAP erwies sich nach 1928 als überwiegend "evangelische" Partei, die von Katholiken weit unterdurchschnittlich gewählt wurde. Unseren Daten zufolge stimmten rund 40 Prozent der Katholiken für eine der beiden katholischen Parteien; von Nichtkatholiken erhielten Zentrum und BVP bis 1932 dagegen so gut wie keine Stimmen.(28) Umgekehrt votierten bei der Reichstagswahl 1928 nur 10 Prozent der Katholiken, aber 29 Prozent der Nichtkatholiken für die Parteien des sogenannten bürgerlich-protestantischen Lagers, d. h. die DNVP, die linksliberale DDP, die nationalliberal orientierte DVP und, je nach Zurechnungsweise, auch die NSDAP.(29)

Abbildung 4: Soziale Schicht und Wahlverhalten nach der Konfession der Wahlberechtigten

Nicht-katholische Wahlberechtigte



Katholische Wahlberechtigte



Werte ermittelt durch multiple ökologische Regressionsanalyse

Auch das Wahlverhalten der Arbeiterschicht erwies sich als recht stabil: Rund 40 bis 45 Prozent der wahlberechtigten Arbeiter scheinen zwischen 1924 und 1932 für eine der beiden sozialistischen Parteien gestimmt zu haben, rund 10 Prozent für die katholischen Parteien und zwischen 20 und 30 Prozent für eine der bürgerlichen Gruppierungen (unter Einrechnung der "Sonstigen"), davon ab 1930 die weitaus meisten für die NSDAP.(30) Die vermutlich von "national" orientierten Arbeitern stammenden Stimmen der NSDAP gingen möglicherweise nicht zu Lasten der beiden Arbeiterparteien, sondern kamen vor allem von den "Sonstigen" und den Nichtwählern.
Die zum Alten Mittelstand der Selbständigen gehörenden Wähler, zu denen wir neben den Handwerkern und Gewerbetreibenden auch die Landwirte und mithelfenden Familienangehörigen zählen, gaben den beiden Parteien des linken Blocks nur ganz wenige Stimmen. Ein relativ hoher, ab Mitte der 20er Jahre allerdings deutlich zurückgehender Prozentsatz der Katholiken unter ihnen wählte Zentrum oder Bayerische Volkspartei, während die evangelischen Angehörigen dieser Sozialschicht ihre Gunst zwischen den verschiedenen Gruppierungen des bürgerlich-protestantischen Lagers aufteilten. Nach 1930 trat beim protestantischen Alten Mittelstand die NSDAP das Erbe dieser politischen Gruppierungen an (vgl. Abb. 4). Aus der Perspektive der parteipolitischen Lager oder Wählerblöcke betrachtet, orientierte sich somit das Wahlverhalten des Alten Mittelstandes stärker an den vorgegebenen Lagergrenzen als etwa das der Arbeiter.
Dagegen fiel das Abstimmungsverhalten der Neuen Mittelschicht der Angestellten und Beamten erheblich differenzierter aus: Zwischen 20 und 30 Prozent von ihnen wählten regelmäßig eine der beiden linken Parteien, wobei, unseren Ergebnissen zufolge, die SPD nach 1930 aus dieser Sozialschicht sogar relativ mehr Stimmen erhielt als aus der Arbeiterschaft. Knapp 40 Prozent der Beamten und Angestellten stimmten für Parteien des bürgerlich-protestantischen Lagers; die NSDAP fungierte ab Juli 1932 auch hier - analog zum Alten Mittelstand - als Sammlungsbewegung der vorher so zersplitterten Kräfte dieses Lagers; allerdings erhielt sie dabei von der Neuen Mittelschicht bei weitem nicht so viel Unterstützung wie vom Alten Mittelstand. Lediglich die katholische Neue Mittelschicht scheint der NSDAP etwas stärker zugeneigt zu haben (vgl. Abb. 4).
Als Fazit lässt sich somit festhalten, dass auch aus der Perspektive der (statistisch geschätzten) individuellen Wählerpräferenzen die schon auf der Aggregatebene festgestellten politischen Vorprägungen das Verhalten der einzelnen Sozialschichten in der Tendenz bis zum Ende der Weimarer Republik bestimmt haben. Änderungen fanden vornehmlich innerhalb des bürgerlich-protestantischen Lagers statt, wo die liberalen Gruppierungen praktisch von der politischen Bildfläche verschwanden und die deutschnational-agrarischen Parteien erheblich an (zahlenmäßiger) Bedeutung verloren. Festzuhalten bleibt aber auch, dass keines der Parteilager in der Lage war, alle oder auch nur eine absolute Mehrheit der Klassen- oder Konfessionsgleichen an sich zu binden. Lediglich der evangelische Alte Mittelstand scheint nach 1930 mehrheitlich für eine der Parteien des bürgerlichprotestantischen Lagers votiert zu haben, wobei die NSDAP ab 1932 aus dieser Sozialschicht erheblich mehr Anhänger für sich zu mobilisieren vermochte als aus jeder anderen Schicht.

Die soziale Zusammensetzung der Wählerschaft der Parteien

Tabelle 8 enthält Informationen über die soziale und konfessionelle Zusammensetzung der Wählerschaft der hier analysierten Parteien. Sie stellt eine Umrechnung (von Spalten- auf Zeilenprozent) der in Tabelle 7 wiedergegebenen Werte dar. Es wird nun also 'nicht mehr danach gefragt, für welche politischen Gruppierungen der Neue oder der Alte Mittelstand votierte, sondern der Blick ist im Sinne der oben formulierten Fragestellung darauf gerichtet, wie, von ihren Wählern her gesehen, die Zusammensetzung der politischen Parteien ausgesehen haben mag. Am deutlichsten fällt auch hier wieder die Wirkung der Konfession ins Auge: Während das Zentrum und seine bayerische Schwesterpartei fast ausschließlich von Katholiken gewählt wurden, bildeten katholische Wähler innerhalb der anderen politischen Lager - mit Ausnahme der Kommunisten und später auch der Nationalsozialisten - eine relativ unbedeutende Minderheit. Hieran änderte sich im Verlaufe der Weimarer Republik wenig. Auch die Spannungslinie, die Arbeiter und Alten Mittelstand trennte und deren Effekt bei Bundestagswahlen bis heute nachwirkt, tritt klar hervor: Vor allem die KPD scheint, trotz eines auch hier vorhandenen Angestelltenanteils, in der Tat eine zwar nicht mehr ganz lupenreine, aber dennoch eindeutige Arbeiterpartei gewesen zu sein. Dagegen entstammten über ein Drittel und nach 1930 sogar mehr als 40 Prozent der sozialdemokratischen Wähler der Mittelschicht, was sich bekanntlich auch in der sozialen Zusammensetzung der SPD-Mitgliederschaft niederschlug.

Tabelle 8: Die soziale Zusammensetzung der parteipolitischen Lager

		Konfession		Schicht		
		Kathol	Andere	Arbeiter	Neue MS	Alte MS
SPD	1924A	9	91	65	21	14
	1928	13	87	65	21	13
	1932A	12	88	57	28	15
KPD	1924A	29	71	85	12	3
	1928	21	79	76	16	8
	1932A	28	72	81	13	6
Z/BVP	1924A	93	7	30	16	54
	1928	100	0	40	18	41
	1932A	99	1	38	18	43
DDP/DVP	1924A	10	90	34	34	33
	1928	13	87	33	33	33
	1932A	12	88	33	30	37
DNVP	1924A	6	94	41	19	39
	1928	11	89	41	20	39
	1932A	14	86	38	27	35
NSDAP	1924A	20	80	39	27	35
	1928	30	70	40	22	37
	1932A	17	83	39	19	42

Prozentwerte (Zeilenprozent) geschätzt mit Hilfe einer ökologischen Regressionsanalyse. Basis: 831 Kreiseinheiten. Zahlen aus Tabelle 7, umgerechnet von Spalten- auf Zeilenprozent.

Lesehilfe: Bei der Maiwahl von 1924 waren 91 Prozent der SPD Nicht-Katholiken, 65 Prozent waren Arbeiter, 21 Prozent Angestellte oder Beamte etc.

Die Wählerschaft der übrigen Parteien, allen voran der beiden liberalen Gruppierungen, war unseren Ergebnissen zufolge erstaunlich gleichmäßig zusammengesetzt. Überraschen vermag vielleicht noch, angesichts der eher von der Eliten- und Mitgliederebene her argumentierenden herrschenden historischen Meinung", der aus Tabelle 8 ersichtliche recht hohe Arbeiteranteil unter den Wählern von DNVP und NSDAP. Auch hier gab es zwischen 1924 und 1932 nur relativ geringe Veränderungen, so dass von einer ausgeprägten dauerhaften Rekrutierung derselben Kernklientel durch die Weimarer Parteien ausgegangen werden kann.(31)

Zusammenfassung der Ergebnisse

Zweck der Analyse war es bisher, das Wahlverhalten der verschiedenen Sozialschichten in der Weimarer Republik zu untersuchen. Dies erfolgte sowohl aus der Perspektive der Neigung der Sozialgruppen zu den wichtigsten politischen Parteien bei Reichstagswahlen als auch aus `der Perspektive der sozialen Zusammensetzung der Wählerschaft dieser Parteien. Zu diesem Zwecke wurde versucht, mittels geeigneter statistischer Verfahren (in erster Linie der sogenannten ökologischen Regressionsanalyse) neben den parteipolitischen Bindungen der wichtigsten Sozialgruppen auch ergänzend die soziale Zusammensetzung der Wählerschaft der einzelnen politischen Parteien zu ermitteln.
Von besonderer Bedeutung für das Weimarer Parteiensystem ist die Konfession, die sowohl auf der Aggregat- als auch auf der Individualdatenebene den relativ stärksten Einfluss auf das Wahlverhalten ausgeübt hat. Ähnlich war die Wirkung der zweiten, zwischen Arbeitern und Altem Mittelstand verlaufenden soziopolitischen Verwerfungslinie. Bei den hier untersuchten Wahlen haben so gut wie keine Selbständigen für die beiden Linksparteien gestimmt, während sich der sozialistische Wählerblock nach wie vor hauptsächlich aus der Arbeiterschaft rekrutierte. Allerdings profitierten auch alle übrigen politischen Parteien in durchaus nennenswerter Weise von Arbeiterstimmen. Erstaunlich hoch erscheint der von uns ermittelte Arbeiteranteil innerhalb der DNVP- und der NSDAP-Wählerschaft gewesen zu sein. Auch dürfte die Anhängerschaft der SPD, vor allem während der letzten Jahre der Weimarer Republik, sozial sehr viel heterogener zusammengesetzt gewesen sein als weithin noch immer angenommen wird. Zwar ist die KPD auch noch am Ende der Weimarer Republik tatsächlich eine fast lupenreine Arbeiterpartei, für die Sozialdemokraten jedoch gilt dies, wie gezeigt, weder auf der Mitglieder- noch auf der Wählerebene. Die SPD umfasst am Ende der Weimarer Republik bereits einen beachtlichen Anteil an Mittelschichtangehörigen, vornehmlich aus der Neuen Mittelschicht.
Im Vergleich zum Alten Mittelstand ist das Wahlverhalten der Neuen Mittelschicht der Beamten und Angestellten sehr uneinheitlich und mit Sicherheit weniger eindeutig als häufig im historischen Schrifttum vermutet. Innerhalb der NSDAP-Wählerschaft scheint diese Schicht sogar eher unter- als überrepräsentiert gewesen zu sein, ein Ergebnis, das den Auffassungen wohl der meisten Historiker

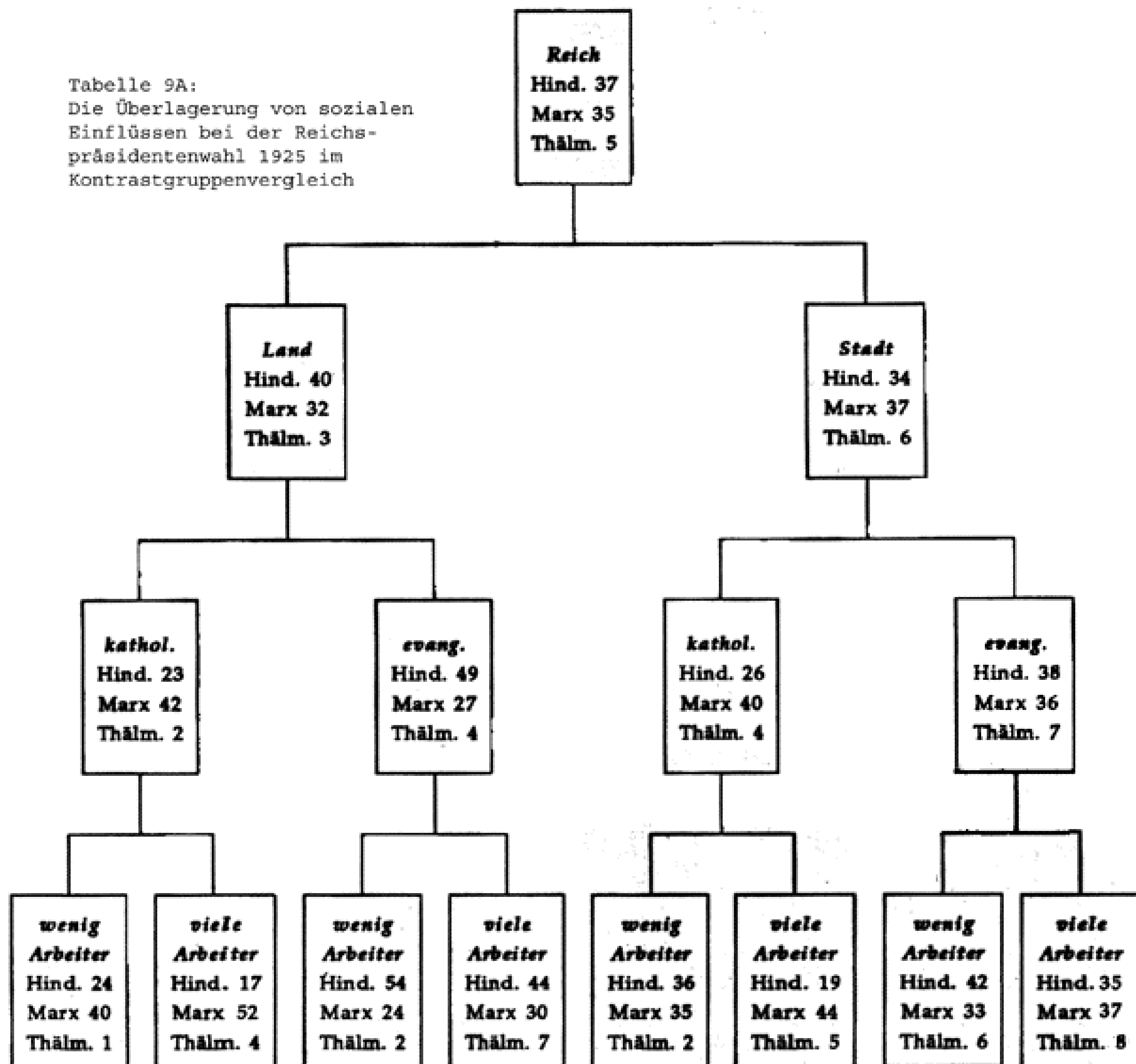
diametral entgegenstehen dürfte. Die (nicht-katholischen) Selbständigen endlich, die meisten von ihnen kamen aus dem Agrarsektor, waren ab 1932 vermutlich mehrheitlich NSDAP-Wähler. Der NSDAP ist es gelungen; ganz oder teilweise die liberalen, konservativen und partikularistisch orientierten Parteien, gleichsam in deren Funktionen eintretend, als politische Repräsentanz des bürgerlichprotestantischen Lagers zu ersetzen. Angesichts ihrer Anziehungskraft für andere Sozialschichten war sie aber andererseits, wie wir gesehen haben, die einzige wahrhaft teilkulturenübergreifende Kraft. Dies vermutlich war das Geheimnis ihrer ungewöhnlichen Wahlerfolge zwischen 1930 und 1933.

Die Reichspräsidentenwahlen vom März und April 1932

Die beiden Weimarer Präsidentenwahlen von 1925 und 1932 mit ihren jeweils im März und April stattfindenden beiden Wahlgängen gehören zu den faszinierendsten und historisch bedeutendsten Wahlen der neueren deutschen Geschichte. Sie sind für den Wahlhistoriker wie auch für die Geschichtsschreibung allgemein deshalb so reizvoll, da sie einen praktisch totalen Umschwung der Wählerkoalitionen zwischen 1925 und 1932 markieren, die den schon bei seiner ersten Wahl hochbetagten Feldmarschall Paul von Hindenburg unterstützten und ins Amt brachten. Historisch sind diese Wahlen so ungeheuer bedeutend, da es von Hindenburg war, der den schleichenden Prozess der Entparlamentarisierung nach 1930 zumindest begünstigte, wenn nicht sogar aktiv unterstützte. Durch diesen Prozess kam im Endresultat Adolf Hitler an die Macht. Die Spekulation fällt leicht, dass ein anderer Präsident, etwa Wilhelm Marx, der Kandidat der Weimarer Koalitionsparteien und Hindenburgs Hauptgegner bei der Wahl von 1925, nicht so einfach Reichskanzler Heinrich Brüning im Mai 1932 entlassen hätte, wie es Hindenburg tax. Und Marx hätte ganz bestimmt nicht den Rechtsabweichler der Zentrumspartei, Franz von Papen, zu Brünings Nachfolger ernannt.
Hindenburg war 1925 von einer Koalition von Republikgegnern und -feinden ins Amt gewählt worden. Er gewann damals ganz knapp gegen den Kandidaten der Weimarer Koalitionsparteien, den Zentrumspolitiker Wilhelm Marx (vgl. Tab. 2). Seine größten Wahlerfolge erzielte er vor allem in protestantisch-ländlichen Gebieten mit hohem Anteil an agrarischer Bevölkerung, an Selbständigen und Mithelfenden, sowie Landarbeitern: Trotz dieses Hintergrundes war seine erste Amtsführung, zumindest bis 1930, mit Abstrichen sogar bis 1932, sehr viel loyaler als viele liberale und sozialistische Kommentatoren erwartet hatten. Im Jahre 1932 - die Weltwirtschaftskrise erreichte ihren Höhepunkt, die Nationalsozialisten waren zur stärksten politischen Kraft im Land aufgestiegen - sahen die Weimarer Koalitionsparteien (SPD, Zentrum und DDP) den greisen Feldmarschall sogar als die letzte Chance an, Hitler und die NSDAP von der Macht fernzuhalten. So wechselte im Alter von 85 Jahren Hindenburg - entgegen seinen eigenen Intentionen (er wäre viel lieber ein unpolitischer Kandidat des ganzen Volkes oder zumindest Kandidat der politischen Rechten geworden) - das politische Lager, zumindest was die politischen Parteien betrifft, die ihn unterstützten. Nunmehr setzten sich SPD und Zentrum, allen voran Reichskanzler Brüning, für Hindenburg ein.

Die wahlhistorische Analyse zeigt, dass Hindenburgs Wahlerfolg im Jahre 1932 am größten in den Kreisen war, in denen er 1925 die geringsten Erfolge erzielt hatte. Sein Gegenkandidat Hitler war andererseits in den alten Hindenburg-Hochburgen von 1925 sehr viel erfolgreicher als Hindenburg selbst. Adolf Hitler erzielte im April 1932 im Schnitt um so bessere Wahlergebnisse, je höher die Hindenburg-Stimmen des Jahren 1925 lagen. Im Gegenzug war Hindenburg 1932 vor allem in den Regionen erfolgreich, in denen sein Opponent von 1925, Wilhelm Marx, bei den vorangegangenen Präsidentenwahlen besonders gut abgeschnitten hatte. Innerhalb von nur sieben Jahren verlor Hindenburg seine alten Hochburgen, die nun von Hitler eingenommen wurden, statt dessen übernahm er die Hochburgen seines früheren Konkurrenten von der Zentrumspartei.
Ein Blick auf die sozialen Bezüge der Stimmabgabe deckt diese radikale Umkehrung der Wählerkoalitionen auf, die Hindenburg zunächst ins Amt brachten und ' dann im Amte hielten. Im Jahre 1925 war die Stimmabgabe zugunsten Hindenburgs im Schnitt in katholischen, städtischen und industrialisierten Kreisen sowie in Gebieten mit hoher Arbeitslosigkeit unterdurchschnittlich. Dagegen nahmen die Hindenburg-Stimmen im Jahre 9932 tendenziell mit der Zahl der in einem Kreis lebenden Katholiken und Selbständigen zu. Die Hochburgen Hitlers von 1932 ähnelten stark - auch in ihrer sozialen Zusammensetzung - denen Hindenburgs im Jahre 1925: Sie lagen vor allem in überwiegend evangelischen Kreisen, in ländlichen Gebieten und in Regionen mit unterdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit.
Diese Informationen basieren lediglich auf dem statistischen Zusammenhang von jeweils zwei Merkmalen. Die Realität ist jedoch anders: Soziale Merkmale sind nicht nur bei den Individuen, sondern auch bei den territorialen Einheiten, den Stadt- und Landkreisen, die auch in diesem Abschnitt Ausgangspunkte unserer Analyse bleiben, überlagert: Um dies zu berücksichtigen, werden sie in den Tabellen 9 A und 9 B wiederum in einem sogenannten Kontrastgruppenvergleich miteinander kombiniert. Dies geschieht dadurch, dass zuerst die 831 Kreiseinheiten des Reiches danach unterteilt werden, ob sie eher städtisch oder ländlich strukturiert sind. Für die zwei Untergruppen von Kreisen, die sich dadurch ergeben, kann man dann die durchschnittliche für Hindenburg, Hitler und Thälmann abgegebene Stimmenzahl berechnen.
Es zeigt sich, dass Hindenburg in städtischen und ländlichen Kreiseinheiten gleich erfolgreich war, während Hitler im April 1932 auf dem Lande deutlich bessere Wahlergebnisse erzielte als in der Stadt. Für den kommunistischen Kandidaten Thälmann gilt ein entgegengesetzter Trend.
Im nächsten Schritt des Kontrastgruppenvergleichs werden die beiden Teilgruppen nachdem Konfessionsanteil gespalten. Wir erhalten auf diese Weise überwiegend katholische bzw. überwiegend evangelische ländliche und städtische Kreiseinheiten. Weder wird für die auf dieser Aufteilungsstufe konstruierten Kreiseinheiten der durchschnittliche Stimmenanteil für die drei Kandidaten berechnet. Nun treten bereits deutlichere Unterschiede auf: Es zeigt sich, dass Hindenburg 1932 sowohl in den städtischen als auch in den .ländlichen Kreisen vor allem dort erfolgreich war, wo die Katholiken die Mehrheit stellten, während für Hitler und, wenn auch in abgeschwächter Form, auch für Thälmann das Gegenteil zutrifft.

Besonders große Wahlerfolge erzielte Hindenburg in den katholisch ländlichen Kreisen mit knapp 60 Prozent Zustimmung durch die dort lebenden Wahlberechtigten. Würde man die Zustimmung für die einzelnen Kandidaten auf die abgegebenen gültigen Stimmen prozentual umrechnen, läge dieser Anteil noch deutlich höher. In den gleichen Kreiseinheiten erreichte Hitler noch nicht einmal 20 Prozent. Seine Hochburgen lagen klar auf dem evangelischen Land, wo er mit einem Anteil von 40 Prozent der Wahlberechtigten Hindenburg überholen konnte, der hier nur 36 Prozent erzielte. Die Hochburgen des kommunistischen Kandidaten Thälmann schließlich lagen mit 11 Prozent in protestantischen, städtischen Kreisen.
In einem letzten Aufteilungsschritt werden die vier Kreiskategorien nochmals nach dem Arbeiteranteil unterschieden. Wir haben es nun also mit insgesamt acht Klassen von Kreisen zu tun, die von ländlich katholisch mit einem unterdurchschnittlichen Arbeiteranteil bis zu städtisch evangelisch mit einem überdurchschnittlichen Arbeiteranteil rangieren. Diese letzte Aufteilung bringt nur noch einen relativ geringen Erklärungsgewinn. Dies liegt daran, dass der Arbeiteranteil nach Kontrolle der Faktoren von Verstädterung und Konfession insgesamt nur noch wenig zur Erklärung des Wahlverhaltens in der Weimarer Republik - nicht nur bei der Präsidentschafts- sondern auch bei den Reichstagswahlen - beitragen kann. Immerhin sind wir nun in der Lage, die Hochburgen- und Diasporagebiete der verschiedenen Kandidaten zu identifizieren. Die meisten Stimmen erzielt der konservative preußische Protestant von Hindenburg 1932 in den katholisch ländlichen Kreisen mit wenig Arbeitern, die wenigsten Stimmen in evangelisch ländlichen Kreisen mit wenig Arbeitern. Dagegen ist es in den stärker urbanisierten Gebieten des Reiches für die Stimmabgabe zugunsten von Hindenburgs relativ unwichtig, ob dort viele oder wenige Arbeiter leben. Hitler erreicht mit 44 Prozent Zustimmung aller Wahlberechtigten in den ländlich protestantischen Regionen mit wenig Arbeitern die höchsten Stimmenanteile. Am schlechtesten schneidet er in den katholisch-ländlichen Gebieten mit vielen Arbeitern sowie in den katholischstädtischen Kreisen mit vielen Arbeitern ab. Die Hochburgen des KPD-Kandidaten schließlich liegen nicht ganz unerwartet in den stärker urbanisierten evangelischen Regionen des Reiches mit vielen Arbeitern. Thälmann wurde hier von 13 Prozent der Wahlberechtigten gewählt, während er in den katholischen und evangelischen ländlichen Gebieten mit wenigen Arbeitern nur 4 Prozent der Wahlberechtigten für sich mobilisieren konnte.
Vergleicht man die Verteilung der 1932 für die einzelnen Kandidaten in den Kreiskategorien abgegebenen Stimmen mit denen des Jahres 1925 (vgl. Tab. 9 A), so lässt sich leicht erkennen, dass sich die Hindenburg-Koalition auch von der sozialgeographischen Basis her völlig verändert hatte: Die Verteilung der Hindenburg-Stimmen von 1932 ist jener der Marx-Stimmen von 1925 sehr viel ähnlicher als der der Hindenburg-Stimmen von 1925. Umgekehrt entsprechen die Hitler-Stimmen von 1932 in ihrer sozialgeographischen Struktur weitgehend den Hindenburg-Stimmen von 1925. Dort, wo Hindenburg überdurchschnittliche Wahlerfolge im zweiten Wahlgang der Präsidentenwahl von 1925 erzielen konnte, schnitt Hitler 1932 überdurchschnittlich ab, und dort, wo Hindenburg 1925 schwach war, war Hitler dies 1932. Aus dieser Perspektive lässt sich die konservative und rechtsorientierte Wählerkoalition, die Hindenburg während der



ersten Weimarer Präsidentenwahlen ins Amt brachte, als Vorbote des Wahltriumphs der Nationalsozialisten in den Jahren 1932 und 1933 beschreiben. Es handelt sich in der Tat bei der Hindenburg-Koalition von 1925 um die erstmalige Zusammenfassung der antirepublikanischen Kräfte, die wenige Jahre später der Weimarer Republik den Todesstoß versetzten.

Gegenüber dem ersten Wahlgang im März 1932 erreichte Adolf Hitler im zweiten Wahlgang eine Stimmensteigerung von etwa 2 Millionen. Es ist in der historischen Literatur häufiger darüber spekuliert worden, ob es sich hierbei hauptsächlich um Wähler des KPD-Führers Ernst Thälmann gehandelt habe, der vom ersten zum zweiten Wahlgang 1932 ungefähr 1,2 Millionen Stimmen verlor. Diese Hypothese basiert hauptsächlich auf lokal begrenzten Eindrücken und Gegebenheiten; als Beispiel möge die kommunistische Eckkneipe dienen, die über Nacht die politischen Farben wechselte und statt der roten Fahne die Hakenkreuzfahne hisste. Diese Wählerwanderungsannahme wurzelt in der weit verbreiteten Überzeugung, dass letztlich die totalitären Extreme gar nicht so weit voneinander entfernt waren und dass der Schritt von den Kommunisten zu den Nationalsozialisten viel leichter zu vollziehen war, als Ideologie oder Propaganda vermuten lassen. Diese Vorstellung von der relativen Nähe der Extreme findet zusätzliche Unterstützung in der Überlegung, dass viele, wenn nicht die meisten

von Hitlers und Thälmanns Gefolgsleuten eher unpolitische, sozial entwurzelte Produkte der Massengesellschaft gewesen seien, sogenannte Protestwähler, die sich leicht durch unrealistische Versprechungen verführen ließen und deshalb bereitwillige Opfer der totalitären Verführungen der Zeit waren.

So plausibel dies zunächst klingen mag, so wenig zahlenmäßig fassbare wahlhistorische Belege für oder gegen diese Annahme gibt es. Betrachtet man das Verhältnis der Veränderung der Thälmann- und Hitler-Stimmen vom ersten zum zweiten Wahlgang der Wahl von 1932, so zeigt sich zunächst einmal eine nahezu perfekte Unabhängigkeit der Stimmentwicklung beider Kandidaten. Auf Kreisebene gibt es keine lineare Beziehung zwischen der Zunahme der Hitlerstimmen und- der Abnahme der für Thälmann abgegebenen Stimmen. In den 166 Kreiseinheiten, in denen Hitler am meisten Stimmen hinzugewinnen konnte (9,2 Prozentpunkte im Schnitt), verlor Thälmann nur 2,6 Prozentpunkte; und in den 166 Kreiseinheiten, in denen Hitler am wenigsten Stimmen hinzugewinnen konnte (im Schnitt 0,4 Prozentpunkte), fiel der Rückgang der Thälmann-Stimmen praktisch genauso hoch aus wie in den Kreisen mit den höchsten NSDAP-Zugewinnen (2,2 Prozentpunkte). Der Korrelationskoeffizient, der diese Beziehung beschreibt, liegt daher auch bei 0 (0,01). Auf dieser Ebene lässt sich folglich kein unterstützender Beleg für die Annahme einer nennenswerten Wählerwanderung von Thälmann zu Hitler finden.

Wenn jedoch gleichzeitig die Entwicklung der Stimmabgabe für die anderen Kandidaten berücksichtigt wird, erhält man andere Resultate. Es ergibt sich ein zwar kleiner, aber substantieller positiver Zusammenhang zwischen der Zunahme der Hitler-Stimmen zwischen März und April 1932 und dem Rückgang der Thälmann-Stimmen. Der Anstieg der Hitler-Stimmen fiel demzufolge dort etwas höher aus, wo die Thälmann-Stimmen im ersten Wahlgang über dem Durchschnitt lagen bzw. wo Thälmann überdurchschnittlich viele Stimmen zwischen dem ersten und zweiten Wahlgang verlor.
Wenn man mit Hilfe der sog. ökologischen Regressionsanalyseversucht, 'die tatsächlichen Wählerwanderungen von Thälmann zu Hitler zu bestimmen, so ergeben sich folgende (statistisch geschätzte) Wählerwanderungen: Ungefähr 13 Prozent der früheren Thälmann-Wähler wechselten im zweiten Wahlgang zu Adolf Hitler. Das würde bedeuten, dass fast 30 Prozent der neuen Hitler-Wähler des zweiten Wahlganges im ersten Wahlgang für Thälmann votiert hätten. Weitere 20 Prozent der Thälmann-Wähler des ersten Wahlganges scheinen sich während der zweiten Wahlrunde der Präsidentenwahl von 1932 der Stimme enthalten zu haben. Der Löwenanteil der im zweiten Wahlgang zu Hitler gestoßenen neuen Wähler jedoch scheinen ehemalige Duesterberg-Wähler gewesen zu sein. Falls diese statistischen Schätzungen (um mehr handelt es sich nicht) zutreffen, dann waren es einige hunderttausend Thälmann-Wähler aus dem ersten Wahlgang, die sich im zweiten Wahlgang der Hitlerkoalition angeschlossen haben. Zwar machten sie weder eine Mehrheit der Thälmann-Abwanderer noch der Hitler-Zuwanderer aus, doch sind sie zahlreich genug, um die Berichte über lokale Ereignisse und persönliche Erfahrungen, die in der historischen Literatur immer wieder zitiert werden, zu unterstützen. (32)

Anmerkungen

1 Horst Möller, Weimar. Die unvollendete Demokratie. München 1987, S. 36
2 Vgl. Werner Stephan, Zur Soziologie der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. In: Zeitschrift für Politik, 20., 1931, S. 793-800; Hans Neisser, Sozialistische Analyse der Wahlergebnisse. In: Die Arbeit, 7,193 1, S. 654-659; Hans Jäger, Wer wählte Hitler? In: Der rote Aufbau, 3, 1930, S. 529-535
3 VORWÄRTS vom 3. oder 4.8.1932, S.1; VOSSISCHE ZEITUNG vom 1. 8.1932, S.1; Joseph Goebbels, Tagebücher, Teil I, Band 2, S. 211
4 VORWÄRTS vom 14. 11. 1932, S. 1; VOSSISCHE ZEITUNG vom 7: 11:,1932, S. 1; DAZ vom 7. 11.1932, S. 1
5 Vgl. VÖLKISCHER BEOBACHTER vom B. 11. 1932, S. 2; Goebbels Tagebücher, Teil I, Band 2, S. 272
6 Goebbels notiert in seinem Tagebuch unter dem Datum vom 6.12.1932: "Die Lage im Reich ist katastrophal, in Thüringen haben wir seit dem 31. Juli nahezu 40 Prozent Verluste erlitten.". Dass dies kein vorübergehendes Stimmungstief des Tagebuchschreibers Goebbels ist, belegt die Eintragung vom B. 12. 1932: In der Organisation herrscht schwere Depression. Geldsorgen machen jede zielbewusste Arbeit unmöglich. Vgl. Goebbels, Tagebücher, Teil I, Band 2, S. 295 (sog. Kaiserhof-Version)
7 Vgl. etwa die Belege bei Rainer Hambrecht, Der Aufstieg der NSDAP in Mittel- und Oberfranken, 1925-1933. Nürnberg, 1976, S. 394-397
8 Goebbels, Tagebücher Teil I, Band 2, S. 387, Eintragung vom 5. 3.1933. Zu Göring vgl. DAZ vom 6. 3. 1933, S. 2. Ganz ähnlich die, Schlagzeile in DER VÖLKISCHE BEOBACHTER vom 6.3.1933: "Ein ungeheurer Sieg ist errungen ... Die Vollmacht zum Handeln ist erteilt"
9 Vgl. hierzu u. a. Sebastian Haffner, Anmerkungen zu Hitler, München, 1978, S. 36,41 ff., 46 (wenn auch ohne nähere Belege); ferner einige wenige Stimmungsbilder in den Deutschland-Berichten der SOPADE, vor allem aus den Jahren 1935 und 1936; vgl. für weitere Hinweise auch Thomas Schnabel, Württemberg, Zwischen Weimar und Bonn 1928 bis 1945/54, Berlin, 1986, S. 520 ff., sowie Gunther Mai, Warum steht der deutsche Arbeiter zu Hitler? Zur Rolle der deutschen Arbeitsfront im Herrschaftssystem des Dritten Reiches. In: Geschichte und Gesellschaft, 12, 1986 und Ian Kershaw, Popular Opinion and Political Dissent in the Third Reich. Bavaria, 1933-1945. Oxford, 1983
10 Vgl. Theodor Geiger, Die soziale Schichtung des deutschen Volkes. Soziographischer Versuch auf statistischer Grundlage. (Soziologische Gegenwartsfragen, Heft 1), Stuttgart 1932, S. 73. Die von Abbildung 2 abweichenden Prozentwerte für den Alten und Neuen Mittelstand sind darauf zurückzuführen, dass Geiger seine Anteilswerte auf die Gesamtbevölkerung bzw. die Erwerbstätigen bezieht, während die Werte von Abbildung 2 auf der Basis der Wahlberechtigten berechnet wurden
11 Im folgenden werden, der Einfachheit und der stilistischen Abwechslung halber, die Begriffe Mittelschicht, Mittelstand und Mittelklasse synonym verwendet, auch wenn sie im sozialhistorischen Schrifttum häufig unterschiedlich definiert werden
12 Die Masse der Angehörigen der Alten Mittelschicht dürfte nach marxistischer Terminologie zu den Kleinbürgern zählen. Karl Marx weist bereits 1848 im Kommunistischen Manifest auf den "reaktionären" Charakter des Kleinbürgertums hin: "Der kleine Industrielle, der kleine Kaufmann, der Handwerker, der Bauer, sie alle bekämpfen die Bourgeoisie, um ihre Existenz als Mittelstände vor dem Untergang zu sichern." In doppelter Frontstellung gegen Bourgeoisie und Proletariat suchten sie das Rad der Geschichte zurückzudrehen, um als Stand zu überleben. Vgl. Manifest der kommunistischen Partei. Zitiert nach: Karl Marx. Auswahl und Einleitung von Franz Borkenau, Frankfurt/M. 1956, S. 107. Seymour Martin Lipset griff Ende der fünfziger Jahre in seinem bekannten Beitrag über den Faschismus als Extremismus der Mittelklasse diese Argumentation von der reaktionären oder, auf die Zwischenkriegszeit angewendet, faschistischen Rolle des Kleinbürgertums fast wörtlich wieder auf. Vgl. hierzu seine

Soziologie der Demokratie, Neuwied 1962, S.131 ff. (die amerikanische Originalausgabe erschien unter dem Titel Political Man - The Social Bases of Politics, Garden City 1960)
13 Vgl. Erwin K. Scheuch unter Mitarbeit von Hans Jürgen Daheim, Sozialprestige und soziale Schichtung. In: Glass, D. V. und König, R (Hrsg.), Soziale Schichtung und soziale Mobilität, Köln/Opladen 1961 (Sonderheft 5 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie), S. 103. Ferner Karl Martin Bolte, Dieter Kappe und Friedhelm Neidhart, Soziale Schichtung, Opladen 1966, S. 64 f.
14 Vgl. Lipset 1962, S.131 ff. Eine Ausnahme von dieser Regel stellt nur Theodor Geiger dar, der die von ihm behauptete besondere Affinität der Mittelschicht zum Nationalsozialismus vor allem anhand der unterschiedlichen Mentalitäten von Altem und Neuem Mittelstand zu erklären versucht. Vgl. Theodor Geiger, Panik im Mittelstand. In: Die Arbeit, 7, 1930, Heft 1, S. 637-654
15 Hierauf mach Richard Hamilton, Who Voted for Hitler?, Princeton 1982, S. 24 ff. zurecht aufmerksam
16 Vgl. Statistik des Deutschen Reiches, Bde. 402-405 (VZ 1925) und Bde. 453-456 (VZ 1933)
17 Die Kontrolle des Faktors Konfession bietet sich angesichts der überragenden Bedeutung dieses Merkmals für das Wahlverhalten in der Weimarer Republik an. Diese Einflusswirkung ist so groß, dass die Effekte anderer, damit korrelierender Einflussfaktoren dadurch regelrecht unterdrückt werden können. Da Katholiken- und Protestantenanteil nahezu perfekt negativ miteinander korreliert sind (ein hoher Katholikenanteil schließt rein rechnerisch einen hohen Protestantenanteil aus und umgekehrt), lässt sich der um den Konfessionseffekt bereinigte Zusammenhang zwischen Protestanten- bzw. Katholikenanteil und Parteianteilen nicht sinnvoll interpretieren. In Tabelle 1 wurde im Falle der Konfessionsvariablen deshalb auf eine Aussonderung möglicher Störfaktoren verzichtet. Bei allen anderen Sozialmerkmalen von Tabelle 1 aber wurde der potentielle Störeffekt des Merkmals Konfession statistisch kontrolliert
18 Vgl. für weitere sozialstatistische Korrelate der Parteianteile: Jürgen W. Falter/Thomas Lindenberger/Siegfried Schumann, Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, München 1986, S. 163-170
19 Dieses Konzept geht zurück auf: Seymour Martin Lipset und Stein Rokkan, Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments. In: dies., Hrsg., Party Systems and Voter Alignments, New York 1967, S. 1-64
20 Vgl. hierzu v. a. Jürgen W. Falter/Dirk Hänisch, Die Anfälligkeit von Arbeitern gegenüber der NSDAP bei den Reichstagswahlen 1928-1933, in: Archiv für Sozialgeschichte, XXVI (1986), S.179-216 sowie Jürgen W. Falter, Unemployment and the Radicalisation of the German Electorate 1928-1933: An Aggregate Data Analysis with Special Emphasis an the Rise of National Socialism. In: Peter Stachura (Hrsg.), Unemployment and the Great Depression in Weimar Germany, Basingstoke/London 1986, S. 187-208
21 Um angesichts der vielen Gebiets- und Verwaltungsreformen territoriale Stabilität der Kreise über die Zeit zu gewährleisten, wurden die rund 1200 Stadt- und Landkreise zu insgesamt 831 zwischen 1920 und 1933 gebietsmäßig stabilen Kreiseinheiten zusammengefasst
22 Ausführliche Ergebnisse für alle Reichstagswahlen und alle Parteigruppierungen bei J. W. Falter und R Zintl, The Economic Crisis of the 1930's and the Nazi Vote. In: Journal of Interdisciplinary History 2/1988, S. 55-85
23 Ab 1930: Deutsche Staatspartei oder DStP
24 Diese negative Beziehung zwischen Angestellten- und NSDAP-Anteil bleibt auch dann erhalten, wenn man a) andere Merkmale als im vorliegenden Falle kontrolliert, b) die Anteilsvariablen nicht auf Wahlberechtigte, sondern auf die Wohnbevölkerung oder Erwerbspersonen prozentuiert etc. Vgl. hierzu Jürgen W. Falter, Hitlers Wähler, München 1991, S. 230-241
25 Diese Aussage behält auch dann ihre Gültigkeit, wenn man die Mittelschicht insgesamt statt der einzelnen Mittelschichtsegmente von Tabelle 3 in die Regressionsanalyse einbezieht

26 Angesichts seiner Komplexität lässt sich das Verfahren hier nicht näher darstellen. Einzelheiten bei J. W. Falter/D. Hänisch 1986, S. 209 f. Siehe ferner J: W. Falter, Politische Konsequenzen von Massenerwerbslosigkeit. Neue Daten zu kontroversen Thesen über die Radikalisierung der Wählerschaft am Ende der Weimarer Republik. In: Politische Vierteljahresschrift, 25 (1984), Anhang, und die dort zitierte Literatur. Da wir einerseits aus den verfügbaren Informationen nicht genau wissen, ob wirklich alle Voraussetzungen der ökologischen Regressionsanalyse erfüllt sind und dieses Verfahren überdies recht sensibel auf unterschiedliche Modellspezifikationen zu reagieren pflegt, empfiehlt es sich, die mit seiner Hilfe ermittelten Schätzwerte zurückhaltend zu interpretieren und kleinere Prozentdifferenzen nicht überzubewerten. Da andererseits mehrere, sowohl auf der Kreis- als auch der Gemeindeebene unternommene Schätzversuche und unterschiedlich spezifierte Schätzmodelle im vorliegenden Fall zu substantiell den gleichen Ergebnissen führen, ist davon auszugehen, dass die im folgenden referierten Resultate zumindest in den Größenordnungen zutreffen

27 Aufgrund der formalen Eigenschaften der statistischen Schätzmodelle dürften die Ergebnisse für das Merkmal "Konfession" vermutlich genauer ausgefallen sein als für das Merkmal "Schichtzugehörigkeit". Vgl. hierz J.-B. Lohmöller u. a. Unemployment and the Rise of National Socialism. Contradicting Results from Different, Regional Aggregations. In: P. Nijkamp (Hrsg.), Measuring the Unmeasurable. Dordrecht etc. 1985, S.357-370

28 Dies ist eine durchaus beachtliche Ausschöpfungsquote, da es sich im Falle des Merkmals Katholikenanteil" neben den kirchentreuen auch um die nur noch nominell der katholischen Religionsgemeinschaft angehörenden Wähler handelt und überdies in die Bezugsbasis auch die Nichtwähler mit eingehen. Zu recht ähnlichen Schätzwerten kommt bereits J. Schauff, Die deutschen Katholiken und die Zentrumspartei. Eine politischstatistische Untersuchung der Reichstagswahlen seit 1871. Köln 1928

29 Hierzu müsste man noch die 1928 besonders starken Interessen- und Regionalparteien zählen, die nach unseren Erkenntnissen von Katholiken zu rund 10 Prozent und von Nicht-Katholiken zu etwa 11 Prozent gewählt wurden

30 Zu beachten ist bei der Interpretation dieser Schätzwerte, dass in der Gruppe der Arbeiter nicht nur Industriearbeiter, sondern auch Arbeiter aus dem Agrar- und Dienstleistungssektor enthalten sind, die - wie an anderer Stelle gezeigt - weniger stark für die beiden sozialistischen Parteien gestimmt zu haben scheinen, sich dafür aber gegenüber dem Nationalsozialismus als anfälliger erwiesen (vgl. Falter/Hänisch 1986, Die Anfälligkeit von Arbeitern; ferner Falter 1991, Hitlers Wähler, S. 198-229)

31 Vgl. S. M. Lipset/S. Rokkan, Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments. In: dies., Hrsg., Party Systems and Voter Alignments, New York 1967, S. 1-64

32 Vgl. für weitere Einzelheiten: Jürgen W. Falter, The Two Hindenburg Elections of 1925 and 1932: A Total Reversal of Voter Coalitions. In: Central European History, 23, 1990, S. 225-241

Literatur

Allen, William S.: Das haben wir nicht gewollt, Gütersloh 1966

Bracher, Karl Dietrich: Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, Villingen 1955

Childers, Thomas: The Nazi Voter. The Social Foundations of fascism in Germany, 1919 bis 1933, Chapel Hill/London 1983

Falter, Jürgen W./Lindenberger, Thomas/Schumann, Siegfried: Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, München 1986

Falter, Jürgen W.: Hitlers Wähler, München 1991

Falter, Jürgen W.: Wählerbewegungen zur NSDAP 1924-1933. Methodische Probleme - abgesicherte Erkenntnisse - offene Fragen: In: Busch, Otto (Hrsg.), Wählerbewegungen in der europäischen Geschichte, Berlin 1981, . 159-202

Falter, Jürgen W./Hänisch, Dirk: Die Anfälligkeit von Arbeitern gegenüber der NSDAP bei den Reichstagswahlen 1928-1933. In: Archiv für Sozialgeschichte, 26, S. 176-216

Hamilton, Richard F.: Who voted for Hitler? Princeton 1982

Hasselhorn, Fritz: Wie wählte Göttingen? Wahlverhalten und die soziale Basis der Parteien in Göttingen 1924-1933, Göttingen 1983

Heberle, Rudolf: Landbevölkerung und Nationalsozialismus. Stuttgart 1963

Hänisch, Dirk: Sozialstrukturelle Bestimmungsgründe des Wahlverhaltens in der Weimarer Republik. Eine Aggregatdatenanalyse der Ergebnisse der Reichstagswahlen 1924-1933, Duisburg 1983

Lepsius, M. Rainer: Extremer Nationalismus. Strukturbedingungen vor der nationalsozialistischen Machtergreifung, Stuttgart 1966

Lipset, Seymour Martin: Soziologie der Demokratie, Neuwied 1962

Milatz, Alfred: Wähler und Wahlen in der Weimarer Republik, Bonn 1965 (Bundeszentrale für politische Bildung)

Neumann, Sigmund: Die Parteien in der Weimarer Republik. Stuttgart 1965

Schanbacher, Eberhard: Parlamentarische Wahlen und Wahlsystem in der Weimarer Republik. Wahlgesetzgebung und Wahlreform im Reich und in den Ländern, Düsseldorf 1982

Schauff, Johannes: Die deutschen Katholiken und die Zentrumspartei. Eine politisch-statistische Untersuchung der Reichstagswahlen seit 1871, Köln 1928

Striefler, Heinrich: Deutsche Wahlen in Bildern und Zahlen, Düsseldorf 1946

Winkler, Heinrich August: Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus. Die politische Entwicklung von Kleinhandel und Handwerk in der Weimarer Republik, Köln 1972

Zofka, Zdenek: Die Ausbreitung des Nationalsozialismus auf dem Lande. München 1979

Dokumente

Dok. 1 I. Reichtagswahlen 1924 bis 1933

Dok. 1 I. Reichstagswahlen 1924 bis 1933						
	7.12.1924	20.5.1928	14.9.1930	31.7.1932	6.11.1932	5.3.1933
Wahlbet.	78,8	75,6	82,0	84,1	80,6	88,8
KPD	9,0	10,6	13,1	14,5	16,9	12,3
USPD	0,3	0,1	0,0	-	-	-
SPD	26,0	29,8	24,5	21,6	20,4	18,3
DDP	6,3	4,9	3,8	1,0	1,0	0,9
Zentrum	13,6	12,1	11,8	12,5	11,9	11,2
BVP	3,8	3,1	3,0	3,7	3,4	2,7
DVP	10,1	8,7	4,7	1,2	1,9	1,1
DNVP	20,5	14,2	7,0	6,2	8,9	8,0
NSDAP	3,0	2,6	18,3	37,4	33,1	43,9
Sonstige	7,5	13,9	13,8	2,0	2,6	1,6
Alle Zahlen in Prozent. Quelle: J. Falter, Th. Lindenberger, S. Schumann: „Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik", München 1986						

Dok. 2 II. Reichstagswahlen 1925 und 1932

Dok. 2 II. Reichspräsidentenwahlen 1925 und 1932				
	1925 I	1925 II	1932 I	1932 II
Wahlbet.	68,9	77,6	86,2	83,5
Jarres	38,8	-	-	-
Held	3,7	-	-	-
Ludendorff	1,1	-	-	-
Braun	29,0	-	-	-
Marx	14,5	45,3	-	-
Hellpach	5,8	-	-	-
Thälmann	7,0	6,4	13,2	10,2
v. Hindenburg	-	48,3	49,5	53,0
Duesterberg	-	-	6,8	-
Hitler	-	-	30,1	36,8
Winter	-	-	0,3	-
Alle Zahlen in Prozent. Quelle: J. Falter, Th. Lindenberger, S. Schumann: „Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik", München 1986				

Dok. 3 III. Landtagswahlen 1928 bis 1933

Dok. 3 III. Landtagswahlen 1928 bis 1933							
	Anhalt 1928	Anhalt 1932	Baden 1929	Bayern 1928	Bayern 1932	Braunschweig 1930	Bremen 1930
Wahlbet.	88,1	89,9	61,4	74,1	79,0	89,2	78,5
KPD	7,6	9,3	5,9	3,8	6,6	6,8	10,7
SPD	42,2	34,4	20,1	24,2	15,4	41,0	30,9
DDP	4,2	1,5	6,7	-	-	3,0	4,1
Z/BVP	1,1	1,2	36,7	31,6	32,6	-	2,1
DVP	15,5	3,7	8,0	-	-	-	12,5
DNVP	6,7	5,9	3,7	-	-	-	5,7
NSDAP	2,1	40,9	7,0	6,1	32,5	22,2	25,4

	Hamburg 1928	Hamburg 1931	Hamburg 1932	Hessen 1931	Hessen 1932	Lippe 1929	Lippe 1933
Wahlbet.	79,0	83,8	81,6	82,3	77,2	76,3	85,1
KPD	16,6	21,9	16,0	13,6	11,0	6,2	11,2
SPD	35,9	27,8	30,2	21,4	23,1	39,0	30,1
DDP	12,8	8,7	11,2	1,4	-	5,6	0,8
Z/BVP	1,4	1,4	1,3	14,3	14,5	2,9	2,6
DVP	12,5	4,8	3,2	2,3	-	12,4	4,4
DNVP	13,7	5,6	4,3	1,4	1,5	11,8	6,1
NSDAP	2,2	26,2	31,2	37,1	44,0	3,4	39,5

	Lübeck 1929	Lübeck 1932	Strelitz 1928	Strelitz 1932	Schwerin 1929	Schwerin 1932	Saar 1928	Saar 1932
Wahlbet.	85,0	86,6	76,2	86,4	74,5	80,3	66,1	77,3
KPD	8,6	11,9	7,0	9,1	5,2	7,4	16,7	23,2
SPD	42,4	36,3	37,9	26,9	38,3	30,0	15,6	9,9
DDP	3,3	1,6	4,6	5,1	2,8	-	1,4	0,6
Z/BVP	1,1	0,9	-	-	-	-	46,4	43,2
DVP	-	-	3,6	-	-	-	-	-
DNVP	-	4,5	20,7	31,0	-	9,1	3,8	6,7
NSDAP	8,1	33,1	-	23,9	4,1	49,0	-	3,2

	Oldenburg 1928	Oldenburg 1931	Oldenburg 1932	Preußen 1928	Preußen 1932	Preußen 1933
Wahlbet.	70,1	74,9	75,6	76,4	82,1	88,7
KPD	3,7	7,2	5,7	11,9	12,8	13,2
SPD	28,9	20,9	18,8	29,0	21,2	16,6
DDP	10,7	3,3	2,2	4,5	1,5	0,7
Z/BVP	17,1	17,6	15,5	14,5	15,3	14,1
DVP	-	4,1	0,8	8,5	1,5	1,0
DNVP	17,7	4,8	5,8	17,4	6,9	8,8
NSDAP	7,5	37,2	48,4	1,8	36,3	43,2

Fortsetzung Dok. 3

	Berlin 1929	Berlin 1933	Sachsen 1929	Sachsen 1930	Schaumburg 1928	Schaumburg 1931
Wahlbet.	70,3	75,9	77,4	73,6	78,1	87,1
KPD	24,6	19,5	12,8	13,6	3,7	6,4
SPD	28,4	22,0	34,2	33,4	49,2	44,6
DDP	6,0	2,0	4,3	3,2	7,9	5,1
Z/BVP	3,6	4,7	0,9	-	-	-
DVP	6,7	0,7	13,4	8,7	8,6	5,5
DNVP	17,6	12,1	8,0	4,8	16,6	10,1
NSDAP	5,8	38,3	5,0	14,4	-	27,0

	Thüringen 1929	Thüringen 1932	Württemberg 1928	Württemberg 1932	Danzig 1930	Danzig 1933
Wahlbet.	74,9	85,1	68,8	70,4	-	92,3
KPD	10,7	16,1	7,4	9,4	10,2	6,7
SPD	32,3	24,3	23,8	16,6	25,3	17,6
DDP	2,9	-	10,1	4,8	-	-
Z/BVP	1,2	1,9	19,1	20,5	15,3	14,5
DVP	8,8	1,8	5,2	1,5	-	-
DNVP	4,0	3,2	5,7	4,3	13,1	6,3
NSDAP	11,3	42,5	1,8	26,4	16,4	50,5